

Auf Kurs

ZCa

6396

1991

- 3** Die Postbank-Adressen
- 4** Die Postbank
überall in Deutschland

Dialog: Farbe bekennen

- 5** Die Postbank und ihr
neuer Auftritt
- 9** Die Postbank-Führung
- 10** Die Postbank auf einen Blick

Dialog: Schritt für Schritt

- 11** Die Postbank im zweiten Jahr
der Selbständigkeit

Lagebericht

- 17** 1991: Auf dem Weg in eine
wirtschaftlich gesicherte Zukunft

Dialog: In guter Gesellschaft

- 29** Die Postbank und die
Öffentlich-Rechtlichen

Anhang

- 35** Erläuterungen zur Bilanz
und Gewinn- und Verlustrechnung
- 40** Bestätigungsvermerk
- 41** Bericht des Aufsichtsrats

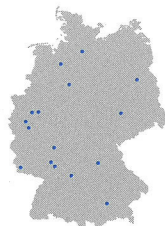
Jahresabschluß

- 42** Jahresbilanz zum
31. Dezember 1991
- 44** Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar
bis 31. Dezember 1991

Dialog: Die neue Dimension

- 45** Die Postbank und ihre
europäischen Schwestern

ZCa 6 596 - 1994



GZ

Postbank 1991

Die Postbank-Adressen

Postbank Generaldirektion
Postfach 4000
Friedrich-Ebert-Allee 122 – 126
W 5300 Bonn 1

Telefon: (02 28) 920-0
Durchwahl: (02 28) 920-11 01
Telefax: (02 28) 920-18 10
Btx: (02 28) 920-1

Postbank Berlin
Postfach 11 01 04
Hallesches Ufer 60
W 1000 Berlin 61
(0 30) 268-0

Postbank Dortmund
Postfach 10 60 50
Hoher Wall 9-11
W 4600 Dortmund 1
(02 31) 180-0

Postbank Essen
Postfach 10 60 02
Kruppstraße 2/Freiheit 2
W 4300 Essen 1
(02 01) 819-0

Postbank Frankfurt
Postfach 99 99
Eckenheimer
Landstraße 242
W 6000 Frankfurt/Main 1
(0 69) 15 62-0

Postbank Hamburg
Postfach 11 90 00
Alter Wall 46
W 2000 Hamburg 11
(0 40) 36 19-0
und
Postfach 60 70 00
Überseering 26
W 2000 Hamburg 60
(0 40) 63 83-0

Postbank Hannover
Postfach 90 20
Goseriede 16
W 3000 Hannover 1
(05 11) 918-0

Postbank Karlsruhe
Postfach 77 00
Kriegsstraße 1000
W 7500 Karlsruhe 1
(07 21) 930-0

Postbank Köln
Postfach 10 90 06
Breslauer Platz 4
W 5000 Köln 1
(02 21) 140-0

Postbank Leipzig
Prager-Straße 4-8
O 7002 Leipzig
(03 41) 2182-0

Postbank Ludwigshafen
Postfach 50 01
Ernst-Boehe-Straße 15
W 6700 Ludwigshafen 1
(06 21) 508-0

Postbank München
Postfach 20 00 15
Sonnenstraße 24/26
W 8000 München 2
(089) 51 69-0
und
Postfach 20 00 20
Bayerstraße 49
W 8000 München 2
(0 89) 51 69-0

Postbank Nürnberg
Postfach 90 00 00
Keßlerstraße 1
W 8500 Nürnberg 20
(09 11) 580-0

Postbank Saarbrücken
Postfach 30 30
Neugrabenweg 2
W 6600 Saarbrücken 1
(06 81) 93 33-0

Postbank Stuttgart
Postfach 90 90 90
Kleiner Schloßplatz 4
W 7000 Stuttgart 1
(07 11) 20 38-0

Die Postbank überall in Deutschland

Farbe bekennen

Die Postbank Berlin			Die Postbank Köln		
	Girokonten	589.600		Girokonten	411.800
	Btx-Konten	11.800		Btx-Konten	10.200
	EC-Karten	112.500		EC-Karten	83.200
	Eurocards	6.700		Eurocards	5.700
Die Postbank Dortmund			Die Postbank Leipzig		
	Girokonten	307.400		Girokonten	143.700
	Btx-Konten	6.900		Btx-Konten	—
	EC-Karten	57.800		EC-Karten	21.000
	Eurocards	3.600		Eurocards	600
Die Postbank Essen			Die Postbank Ludwigshafen		
	Girokonten	427.700		Girokonten	199.800
	Btx-Konten	9.200		Btx-Konten	5.200
	EC-Karten	81.100		EC-Karten	37.700
	Eurocards	4.200		Eurocards	1.800
Die Postbank Frankfurt			Die Postbank München		
	Girokonten	513.800		Girokonten	458.100
	Btx-Konten	11.300		Btx-Konten	8.500
	EC-Karten	111.500		EC-Karten	102.800
	Eurocards	7.000		Eurocards	8.800
Die Postbank Hamburg				Einlagekonten Mio	9,9
	Girokonten	597.000		Einlagevolumen Mrd DM	19,1
	Btx-Konten	15.500	Die Postbank Nürnberg		
	EC-Karten	126.600		Girokonten	299.600
	Eurocards	6.200		Btx-Konten	7.500
	Einlagekonten Mio	14,0		EC-Karten	63.600
	Einlagevolumen Mrd DM	25,6		Eurocards	3.000
Die Postbank Hannover			Die Postbank Saarbrücken		
	Girokonten	524.100		Girokonten	75.200
	Btx-Konten	11.800		Btx-Konten	1.200
	EC-Karten	101.600		EC-Karten	14.300
	Eurocards	5.300		Eurocards	800
Die Postbank Karlsruhe			Die Postbank Stuttgart		
	Girokonten	273.200		Girokonten	292.000
	Btx-Konten	5.000		Btx-Konten	8.700
	EC-Karten	43.200		EC-Karten	61.100
	Eurocards	2.900		Eurocards	3.400

Die Postbank und ihr neuer Auftritt

Die Postbank ist eine kundenorientierte Spezialbank für Zahlungsverkehr, Einlagengeschäft und damit verbundene Finanzdienstleistungen. Sie muß sich im Wettbewerb mit öffentlichen und privaten Anbietern beweisen. Diese Marschroute erhielt die Postbank mit der Neustrukturierung der Deutschen Bundespost 1989. Eine große Herausforderung für ein 500 Jahre altes Unternehmen, das, eingebettet in die öffentlich-rechtliche Behördenstruktur, den Wettbewerb mit anderen Banken bis dahin gelassen sehen konnte.

Das änderte sich drastisch mit Inkrafttreten des Poststrukturgesetzes am 1. Juli 1989. Es gibt der Postbank unmißverständlich auf,

- die Nachfrage nach Leistungen der Postbank zu decken,
- die Dienste unter Berücksichtigung der Markterfordernisse entsprechend der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung zu gestalten,
- einen angemessenen Gewinn zu erzielen.

Die Postbank mußte also neue Wege einschlagen, im Marketing, im Vertrieb und in der Datenverarbeitung. Das bedeutete auch neue Wege in der Kommunikation. Die Postbank muß sich so darstellen, daß der Kunde den neuen Kurs der Postbank erkennt und akzeptiert. Das Ziel: Der Kunde soll eindeutig Ja zur Postbank sagen.

Dieser Anspruch gilt nicht nur für die Kunden, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit die Postbank die Bank wird, die sie sein will, müssen zunächst einmal die Mitarbeiter die neue Unternehmenskultur verstehen und leben.

Der erste Schritt dazu ist das äußere Erscheinungsbild des Unternehmens.

Die Darstellung der neuen Postbank darf sich dabei nicht auf den werblichen Auftritt beschränken, sondern muß in ein Gesamtkonzept, die Corporate Identity, integriert werden. Unter Corporate Identity versteht man die Identität, die Persönlichkeit, die Individualität, das einheitliche visuelle Erscheinungsbild eines Unternehmens.

Seine Grundpfeiler sind das Erscheinungsbild, das Auftreten und die Kommunikation eines Unternehmens nach innen und außen, basierend auf den einheitlichen Unternehmens-Leitsätzen. Diese definieren die Unternehmenskultur, Unternehmensethik und Unternehmensstrategie. Die Postbank möchte sich von innen nach außen definieren, also ist das Erscheinungsbild kein Selbstzweck, sondern die konsequente Umsetzung der Unternehmenspersönlichkeit.

Die Postbank beschäftigt sich seit zwei Jahren mit dem Thema und hat Bilanz gezogen. Folgende Bereiche wurden analysiert und als Corporate Identity Projekte herausgearbeitet: die Unternehmensgrundsätze, die Grundelemente im grafischen Auftritt, die Informations-/Orientierungssysteme, die Sprache, intern und zum Kunden, das Geschäftspapier, die Formulare, die Abbildungen, die Service-Situation am Schalter, Messen und Ausstellungen und natürlich den gesamten Bereich der Werbung. Daraus wurde das Corporate Design Programm entwickelt, das es jetzt gilt umzusetzen.



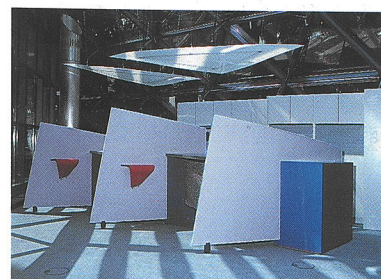
Die Postbank muß sich in der Kommunikation so darstellen, daß der Kunde den neuen Kurs erkennt und akzeptiert. Der Kunde soll eindeutig Ja zur Postbank sagen.

typisches Merkmal für Stone Serif

**Strukturiertes
Blau**



**Kunden-
beratungsplatz
der Postbank**



**Friedrich-Ebert-
Allee 122-126
lautet seit
April 1992 die
Anschrift der
neuen Postbank
Generaldirektion.**

Die Designer haben eine schwere Aufgabe zu bewältigen: ein neues Design für ein 500 Jahre altes Postunternehmen, das mit gelbem Briefkasten und seinen tausenden Postämtern bekannt ist. Die Deutsche Bundespost Postbank war und ist eine öffentliche Einrichtung und hat nicht nur die 500jährige Tradition als Garant für Sicherheit und Zuverlässigkeit, sondern ist auch eine Jahrhunderte alte Behörde mit ihren eigenen Gesetzen. Die aufzubauende moderne Postbank tut sich mit dieser Tradition oft schwer, obwohl sie sehr wohl auch Vorteile bietet. Die enge Verknüpfung zum Schwesterunternehmen Postdienst am Postschalter bringt zudem Abgrenzungsprobleme mit sich.

Die Konsequenz ist klar: weg vom Postgelb hin zu einer neuen

Identität. Die Postbank muß Farbe bekennen.

Bei allen Auftritten der Postbank kommt deshalb der Farbe eine entscheidende Bedeutung zu. Es ist weder der Schrifttyp, noch der Name, der die neue Identität vermittelt, es ist die Farbe, die alles verändert. Farbe ist ein elementares Sinneserlebnis. Farbe wirkt unmittelbar auf Psyche und ästhetisches Empfinden. Sie ist geeignet, anderen Zeichen in Verbindung mit Formen und Flächen besondere kommunikative Qualitäten zu verleihen. Farbe ist also auch differenzierende Botschaft der Unternehmenskommunikation. Dies gilt für den Farbton selbst, vor allem aber für die besondere Art des Umgangs mit der Farbe. Die Farbe der Postbank ist: Blau.

Die blaue Farbe hat in der Finanzwelt Tradition. Blau gilt in der abendländischen und orientalischen Tradition als die beruhigend wirkende Farbe der Treue, Wahrheit und Beständigkeit.

Die Postbank setzt mit der Farbe blau ein Zeichen. Sie ist ein Bekenntnis des Unternehmens zu seinen Kunden. Das ist die Basis für die Kommunikationsstrategie.

Mit einer Farbe allein läßt sich jedoch nicht kommunizieren. Die Welt ist voll von bunten Bildern, überfüllt von optischen und akustischen Reizen. Kommunikation muß zwar Reize auslösen, die anregen, aber nicht aufregen, die Spannung aufbauen ohne zu nerven. Für die Kommunikation auch hier eine Herausforderung, einmal dem Selbstverständnis der neuen Postbank an Dynamik und Bewegung gerecht zu werden, andererseits aber den Kunden nicht zu langweilen oder abzuschrecken.

Die Postbank hat deshalb einen Schritt getan, der in der gelernten Welt von Farben und Formen neu und ungewöhnlich ist. Die Designer, die die Gestaltungsrichtlinien der Postbank entwickelt haben, haben der Farbe Raum gegeben. Sie haben die Fläche verlassen und die Farbe gebürstet, gestrichen, gekratzt, gespritzt, gespachtelt und damit mit Licht und Schatten belebt. Der Phantasie der handwerklichen Bearbeitung wurde keine Grenze gesetzt. Die Grenze der Gestaltung ist nicht die enge Norm-Farbe, sondern ein weiterer Farb-Raum. Die Struktur befreit vom Formzwang.

Diese optische Befreiung führt dazu, auch beim Betrachter die Phantasie freizusetzen. Die Farbstruktur des Messestandes erinnert an Wasser, Meer, Wellen, die Struktur des neuen Sparbuches an eine Felswand oder Unterwasserlandschaft. Die gestaltete Struktur leistet somit stärker Differenziertheit, als es eine enge Norm könnte, die Farbe ist dabei Träger und Bindepunkt der vielfältigen Auftritte. Wenn man sich die Bankenlandschaft ansieht, so hat jede Bank ihr eigenes Erkennungszeichen, ein Logo oder Signet. Dieses wird in festgelegten Farben auf festgelegte Farbruntergründe aufgebracht. Es ist durch die genaue Platzierung sehr starren Richtlinien unterworfen und wirkt oft statisch. Auch der Postbank-Schriftzug ist definiert, jedoch tritt die Platzierung bei der Gestaltung zurück. Der Schriftzug ist nicht isoliertes Gestaltungselement für eine Fläche, sondern die Fläche als Gesamtheit wird gestaltet. Die Art der Gestaltung ist auch für die neue Postbank bezeichnend.

Durch neue Strukturen befreit sich die Postbank von herkömm-

lichen Gestaltungs- und Denkrastern. Die Strukturen einer Behörde werden aufgelöst. Unkompliziert und direkt wird den Kunden zugearbeitet, die in den Mittelpunkt aller Aktivitäten gestellt werden. Dazu gehört auch die Neustrukturierung der Organisation hin zu einer flachen Organisationsstruktur, ohne hinderliche Hierarchiestufen.

Wie nimmt der Kunde die neue Gestaltung wahr? Zunächst fällt jedem Kunden im Postamt die blaue Diskretionssäule vor dem Schalter auf. Dieses erste blaue Gestaltungselement fordert den Kunden auf, stehen zu bleiben, um für die nötige Diskretion am Schalter selbst zu sorgen.

Das vertrauliche Gespräch ist bei Geldgeschäften wichtig und wird von den Kunden dankbar angenommen. Dieser Schritt hat fast Symbolcharakter. Dem Kunden wird in der Schalterhalle klargemacht, daß hier nicht nur Briefmarken und Telefonkarten verkauft werden, sondern auch Spargelder angelegt und über Girokonten gesprochen wird. Die Botschaft ist neu, die Sehweise ist neu, das Material ist neu. Die Farbe motiviert und die Struktur verführt zum Anfassen. Damit hätte die Gestaltung gleich zwei Aspekte erreicht: Der Stopper wird wahrgenommen, er wirkt sympathisch durch Farbe und Form und macht neugierig durch die Struktur der Fläche. Wenn Gestaltung dazu verführen kann, daß Neugier geweckt wird, das Blau nicht nur zu sehen, sondern auch anzufassen, dann ist der Kontakt hergestellt. Wie der Handschlag bei einer Begrüßung ein sehr persönlicher Ausdruck von Kontaktaufnahme ist, so tritt auch der Berührer direkt mit der neuen Postbank in Kommunikation. Die Bank zum

Anfassen, nicht nur im direkten, sondern auch im übertragenen Sinne.

Das Image der Postbank soll mit Hilfe von klassischer Werbung aktiv unterstützt werden, jedoch auch durch aktive und offene Pressearbeit. Das Unternehmen will sich dort zeigen, wo die Menschen sind, in ihrer Freizeit, auf Reisen oder in Schule und Beruf. Die Postbank ist nicht nur Unternehmen aus Zahlen und Bilanzen, nicht nur ein Anbieter von Finanzdienstleistungen, sondern auch Arbeitgeber für viele Menschen. Dieses alles zusammen macht die Postbank aus. Aber nur Menschen können der Postbank die Persönlichkeit geben, die sie in Strategiepapieren festlegt.

Die Postbank wird Farbe beken-

nen.



Vorstand

- Dr. Günter Schneider (Vorsitzender)
- Dr. Rudolf Bauer
- Dr. Bernhard Zurhorst

Aufsichtsrat

- Vorsitzender
Dr. Hans Friderichs
- Albert Stegmüller
(stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Thea Brünner
Geschäftsführerin der
Verbraucherzentrale Berlin e.V.
- Prof. Dr. Hans E. Büschgen
Direktor des Seminars für
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
und Bankenbetriebslehre
Universität zu Köln
- Dr. Hans Friderichs
Bundesminister a.D.
- Dr. Gert Haller
Ministerialdirektor im Bundes-
ministerium der Finanzen
- Constantin Freiherr Heereman
von Zuydtwyck
Präsident des
Deutschen Bauernverbandes
- Margit Kröger
Mitglied des Personalrates beim
Postsparkassenamt Hamburg

- Franz Kroppenstedt
Staatssekretär im
Bundesministerium des Innern
- Bernd Lindenau
Bezirksvorsitzender der Deutschen
Postgewerkschaft Berlin
- Uwe Lüthje
Mitglied des Bezirksvorstandes
des Deutschen Postverbandes
Hamburg
- Dr. Bernhard Molitor
Ministerialdirektor im
Bundesministerium für Wirtschaft
- Dr. Manfred Schüler
Staatssekretär a.D.,
Mitglied des Vorstandes der
Kreditanstalt für Wiederaufbau
Frankfurt am Main
- Karola Schwuchow
Vorsitzende des Hauptpersonal-
rates der Generaldirektion Postbank
- Dr. Ing. Dieter Soltmann
Persönlich haftender Gesellschafter
der Spaten-Franziskaner-Bräu
KGaA
- Albert Stegmüller
Stellvertretender Vorsitzender der
Deutschen Postgewerkschaft
- Dr. Jürgen Zech
Vorstandsvorsitzender der
Kölnische Rückversicherungs-
Gesellschaft AG

Direktoren

- Norbert Behle,
Bonn
- Günter Detjen,
Bonn
- Wolfgang Gayer,
Wachtberg
- Karl-Friedrich
Grunewaldt,
Bonn
- Georg Konradi,
Bonn
- Dr. Norbert
Leise,
St. Augustin
- Harmut Nitsch,
Bad Honnef
- Dr. jur. Richard
Reinfeld,
Wachtberg
- Achim Scholz,
Bonn
- Dr. Erhard
Schramm,
Bonn
- Joachim
Sperbel,
Bergisch
Gladbach

		1987	1988	1989	1990	1991
Zahlungsverkehr						
Girokonten	in Mio	4,5	4,6	4,7	5,05	5,1
davon Btx-Girokonten		25.500	41.000	60.000	90.000	113.000
Sichtguthaben	in Mrd DM	16,5	18,3	19,6	23,7	23,7
Euroscheck-Karten		708.000	785.000	828.000	890.000	1.018.000
Eurocards		16.000	25.200	34.400	44.500	60.000
Reiseschecks (Umsatz)	in Mio DM	71	79	85	105	121
Sortendienst (Umsatz)	in Mio DM	205	329	405	500	550
Einlagengeschäft						
Einlagekonten	in Mio	21,5	22,0	22,4	23,7	23,9
Einlagevolumen	in Mrd DM	38,2	40,6	40,9	44,9	44,8
Ablieferung an den Bund	in Mio DM	–	–	–	290	352
Teilbetriebsergebnis	in Mio DM	–	–	–	173	548
Personalaufwendungen	in Mio DM	–	–	–	1.131	1.270
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt		–	–	–	22.103	23.174
Bilanzsumme	in Mio DM	–	–	–	76.447	78.004

Die Postbank im zweiten Jahr der Selbständigkeit

Januar: Auf dem Weg zur papierlosen Überweisung

► Die Postbank pilotiert in Hannover und Karlsruhe den Elektronischen Zahlungsverkehr. Geldüberweisungen werden beim kontoführenden Postgiroamt bearbeitet, ohne daß die Belege versandt werden, der Gutschriftteil der Überweisung wird dem Kontoauszug nicht mehr als Anlage beigelegt. Papier befindet sich auf dem Rückzug.

► Die Mitte Juli 1990 angelaufene Schulung der Schalterkräfte in den neuen Ländern wird abgeschlossen. Im „Schneeballsystem“ konnten 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Postbank-Angeboten geschult werden.

► Die Postbank wird ordentliches Mitglied des Verbandes öffentlicher Banken. Der VÖB vertritt insgesamt 45 Institute, die gut ein Viertel des Marktes repräsentieren.

► Die Postspargiro – und Postscheckkonten der ehemaligen Deutsche Post Postbank der DDR werden auf Postbank Girokonten umgestellt. Die Postbank Nürnberg fungiert zunächst als Betriebsstätte der im Aufbau befindlichen Postbank Leipzig.

► Auch im Einlagengeschäft kommt die Angebotsanpassung voran. Neben dem Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist bietet die Postbank ihren Kunden in den

neuen Ländern jetzt auch das „Sparen mit wachsendem Zins“ an.

► Die Postscheckämter Dresden, Erfurt und Magdeburg der ehemaligen Deutsche Post Postbank der DDR werden geschlossen, nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbei-



ter werden von den anderen Postunternehmen übernommen.

► In Bonn tagen die europäischen Postbank-Direktoren. Die Konferenz dient der Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Ziel, in der Zukunft grenzüberschreitende Produkte zu entwickeln und entsprechende technische Verfahren einzusetzen.

Februar: Namensänderung

► Das Postscheckamt Leipzig der ehemaligen Deutsche Post Postbank der DDR wird umbenannt: Es heißt ab jetzt Postgiroamt und ist das insgesamt vierzehnte der Postbank.

März: „Wir bauen auf Leipzig“

► Die Postbank ist in den neuen Ländern erfolgreich: Eine Rostockerin eröffnet das 500.000ste Postbank-Sparbuch, knapp neun Monate nach Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion.

► Am 5. März ist es soweit: Postbank-Chef Günter Schneider legt den Grundstein für den Neu-

Als eines der ersten Objekte erhielt ein Klassiker ein neues Aussehen: das Postbank Sparbuch.



bau der Postbank Leipzig. Rund 200 Millionen Mark werden investiert. Nach Fertigstellung soll Leipzig zusammen mit Berlin den gesamten Zahlungsverkehr der neuen Länder verarbeiten.

► Auf der Cebit 1991 präsentiert sich die Postbank erstmals im neuen Outfit: im typischen Postbank-Blau. Im weiteren Jahresverlauf bekennt sie noch auf weiteren dreizehn großen Verbrauchermessen Farbe und zeigt sich auch optisch zunehmend als eigenständige Bank.

► Die erste Ausgabe der „Bankpost“ erscheint. Die monatlich herausgegebene Zeitung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Postbank will als ständiger Begleiter informieren, unterhalten und verbinden. Sie wird ergänzt durch ein in loser Folge erscheinendes „Bankpost Magazin“ und „Bankpost Telegramm“ für die ganz schnelle Information.

► Der Aufsichtsrat stellt die DM-Eröffnungsbilanz der ehemaligen Deutsche Post Postbank der DDR fest.

April: „Bankenverband will Postbank zügeln“

► So oder so ähnlich lauten die Schlagzeilen in der Presse. Hintergrund: Die Bankenverbände wollen mit einer Klage gegen die lebensnotwendigen Angebotsanpassun-

gen der Postbank vorgehen. Die Postbank bleibt unbeeindruckt: „Wir werden den Verfassungsrahmen nicht sprengen, wir werden ihn aber voll ausfüllen“. Die Klage kommt schließlich – gut ein Jahr später – im Mai 1992. Sie wird



von neun prominenten Geschäftsbanken eingereicht. Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sind zwischenzeitlich aus der Front ausgeschert.

► Das deutsche Bankrecht soll dem europäischen angeglichen werden, dazu soll das Kreditwesengesetz novelliert werden. Die europäischen Nachbarn kennen aber zum Beispiel teilweise nicht die gesetzliche Kündigungsfrist. Droht dem Sparbuch das Aus?

► Der Vorstand trifft die Entscheidung, den Elektronischen Zahlungsverkehr flächendeckend einzuführen. Die Pilotprojekte Hannover und Karlsruhe wurden erfolgreich abgeschlossen.

► Das Hauptpostscheckamt Berlin der ehemaligen Deutsche Post Postbank der DDR wird in das Postgiroamt Berlin integriert.

Mai: Erstmals über 100.000 Btx-Girokunden

► Die Postbank begrüßt den 100.000sten Btx-Girokunden. Die Kundenzahl hat sich damit in knapp drei Jahren verdoppelt und wächst



Kreditkarten werden immer beliebter. So auch die Postbank Eurocard.

weiter. Derzeit nutzen bereits 120.000 Kunden dieses Zahlungsverkehrsangebot.

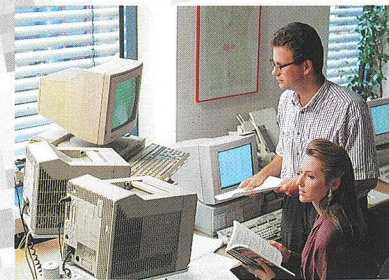
► Nur 429 Tage nach der Grundsteinlegung können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Postbank Dortmund Richtfest feiern. Früher als geplant werden sie aus den bisher sieben Gebäuden aus dem ganzen Stadtgebiet im Neubau zusammenziehen können.

► Die Postbank testet in einem Pilotprojekt die Einführung von Vertriebsbeauftragten. Deren Aufgabe sollen Unterstützung und Schulung der Postdienstmitarbeiter sein. Die ersten Ergebnisse stimmen hoffnungsvoll.

Juni: Das KORDOBA-Zeitalter beginnt

► KORDOBA heißt das neue Zauberwort. Es steht für kundenorientiertes Dialogsystem für Bankgeschäfte und soll in der Postbank

Die elektronische Datenverarbeitung der Postbank sorgt für die schnelle Bearbeitung der Kontobewegungen.



eine neue „Ära“ einleiten, so EDV-Vorstand Rudolf Bauer. Die neue Bankensoftware wird auch den Aufbau eines bankenüblichen Rechnungswesens ermöglichen.

► Die Bankenverbände lassen nicht locker. Am 5. Juni führen sie ein Gespräch mit dem Bundesmini-

ster für Post und Telekommunikation und Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank. Die Postbank bleibt bei ihrem Standpunkt.

► Alle Girokunden werden direkt durch einen Vorstandsbrief über die zum 1. Juli anstehenden Angebots- und Preisanpassungsmaßnahmen informiert.

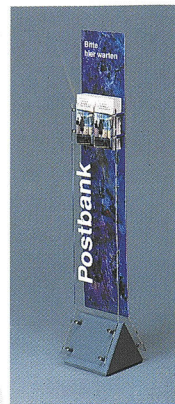
► Um den Kunden am Postschalter eine vertraulichere Bearbeitung bieten zu können, erhalten 1100 Postämter bundesweit sogenannte Diskretionssäulen, die den Kunden bitten, den vor ihm stehenden nicht zu nahe zu rücken. Die ersten Ergebnisse sind positiv.

► Der Aufsichtsrat stellt den ersten eigenständigen Jahresabschluß der Postbank für die alten Bundesländer fest.

Juli: „Neue Leistungen - neue Preise“

► Die Postbank beginnt, ihre Angebote „Zug um Zug“ an den Markt anzupassen. Privatkunden erhalten auf ihrem Girokonto ein einkommensabhängiges Dispolimit, was ihnen größeren finanziellen Spielraum bietet. Zum Jahresende 1991 nehmen 170.000 Kunden dieses Angebot in Anspruch. Im Schnitt liegt der in Anspruch genommene Betrag bei 1.100,- DM. Das zeigt deutlich, daß die Kunden darin eine Zahlungsreserve sehen und es keinesfalls eine Kreditgewährung ist. Zeitgleich damit treten das neue, kostengerechtere Preismodell sowie die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Postbank in Kraft.

► Die Postbank tritt der Schufa bei, um die Erweiterung des Dispolimits rechtlich und ökonomisch abzusichern.



Die Postbank Diskretionssäule sorgt seit einiger Zeit dafür, daß die Kunden sich am Postschalter nicht zu nahe kommen.

Die Postbank vor Ort auf den Verbrauchermessen.

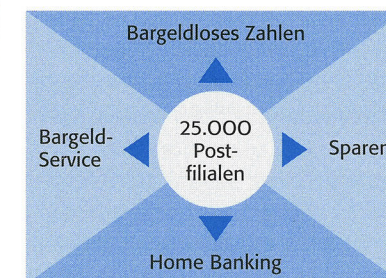


Die Basis für ein erfolgreiches Unternehmen ist geschaffen. Aber das ist erst der Weg, nicht das Ziel.

► Die Lohn- und Vergütungsstruktur der Beschäftigten in den neuen Ländern wird angepaßt, sie erhalten höhere Löhne. Zur Überbrückung gewährt die Postbank Abschlagszahlungen.

► Die neue Organisationsstruktur des Vertriebes tritt in Kraft.

► Die im Januar zu Rate gezogene Unternehmensberatungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG) legt einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vor, um die Betriebsabläufe bei der Postbank kurzfristig zu verbessern. Ziel ist, die



eklatanten Kostennachteile den Mitbewerbern gegenüber zu verringern.

August: Irland macht die 20 voll

► Jetzt können Urlauber auch in Irland von ihrem Postbanksparbuch Geld abheben, die „grüne Insel“ ist das 20. Land in diesem Kreis.

► Die Postbank tritt als ordentliches Mitglied dem Verein zur Förderung des Instituts für Kredit- und Finanzwirtschaft e.V. der Ruhruniversität in Bochum bei.

► Die Boston Consulting Group erhält den Auftrag, die „Anpassung der Organisation in der Generaldirektion in Bonn und der Zentralstelle in Darmstadt an neue strategische Ziele und die geänderten Rahmenbedingungen hinsichtlich Markt und Wettbewerb“ zu prüfen.

September: „Wir halten Wort“

► Die Postbank feiert die Einweihung des neuen Rechenzentrums in Leipzig mit den fast 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Planungen sind mehr als erfüllt: Leipzig führt jetzt schon 150.000 Girokonten. In der im gleichen Gebäude befindlichen Zweigstelle nimmt die Postbank ihren ersten automatischen Kassentresor bundesweit in Betrieb.

► Die Zahl der ausgegebenen ec-Karten übersteigt erstmals die Millionengrenze.

► Dr. Hans Friderichs wird als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Postbank wiedergewählt.

► Der Aufsichtsrat stellt den Jahresabschluß der Postbank für die neuen Länder fest.

Oktober: Der Sparbrief ist da

► Die Postbank macht den zweiten Schritt zur Angebotsanpassung. Sie führt den vier- und sechsjährigen Sparbrief ein. Vorerst im Direktvertrieb angeboten, stößt er vom Start weg auf breites Kundeninteresse.

► Die Postbank stellt der Öffentlichkeit ihren ersten Geschäftsbericht vor, in der sie Rechenschaft über das „Jahr Eins der Selbständigkeit“ ablegt.

► Der Versand der Postbank Card läuft an. Mit dieser Servicekarte

Auf dem Weg in eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft

Überblick

1991 war für die Postbank ein weiterer Schritt auf dem Weg in eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft. Sie begann, ihre Angebote im Zahlungsverkehr und Einlagengeschäft Zug um Zug auszudehnen.

Seit dem 1. Juli 1991 bietet die Postbank ihren Kunden ein marktübliches, einkommensabhängiges Dispolimit auf dem Girokonto an. Damit verbunden war eine Preisanhebung.

Zeitgleich traten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Postbank in Kraft; sie lösten das bis dahin geltende öffentlich-rechtliche Benutzungsverhältnis ab. Seither gelten privatrechtliche Regeln für die Kundenbeziehung, wie bei den Mitbewerbern.

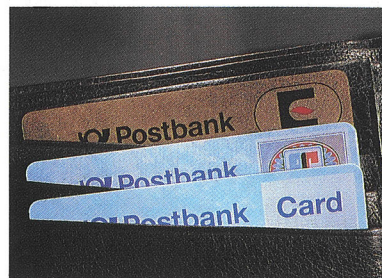
Seit Oktober 1991 bietet die Postbank ihren Kunden Sparbriefe mit vier- oder sechsjähriger Laufzeit an.

Weiter vorangetrieben wurde die Angleichung der Angebote in den neuen und alten Bundesländern. Zum Jahresbeginn 1991 wurde der Postbank-Zahlungsverkehr weitgehend auf Weststandard umgestellt.

Das ehemalige Hauptpostscheckamt der Deutschen Post der DDR wurde in die Berliner Postbank-Organisation integriert; das neu formierte Postgiroamt Leipzig nahm den Betrieb auf. Der Beginn des Neubaus in Leipzig dokumentiert die Entschlossenheit der Postbank zum Ausbau ihres Geschäfts auch in den neuen Bundesländern.

Im Berichtsjahr nahm das Geschäftsvolumen bei einem Wachstum der Einlagen von insgesamt 99 Millionen DM nur sehr verhalten zu. Damit hat sich die Postbank relativ gut im Markt behauptet. Unter Einbeziehung der Ablieferung an den Bund ist das Teilbetriebsergebnis um 375 Millionen DM auf 548 Millionen DM angestiegen. Damit hat sich die Ertragslage deutlich verbessert.

Die „Karten-Familie“ der Postbank. Jeder Kunde bekommt bei der Postbank die passende Karte.



sollen sich die Kunden bundesweit an 11.000 Postdienstschaltern mit Bargeld versorgen können.

► Das Wissenschaftliche Institut für Kommunikationsforschung stellt die Postbank in einem Kongreß unter dem Titel „Die Deutsche Post-

bank im Wettbewerb“ auf den Prüfstand. Zwei Tage lang machen sich Wissenschaftler und Bankenvertreter Gedanken über Sein oder Nichtsein der Postbank.

► In den neuen Ländern wird das 750.000ste Sparbuch ausgestellt, die Kunden dort haben der Postbank bereits über 3 Milliarden Mark anvertraut.

► Der Vorstand beschließt die Einführung neuer Anlagegrundsätze für die Kundengelder zum 1.1.1992.

November: Bundesrechnungshof rügt Krankenstand bei der Postbank

► Aufgrund eines Bundesrechnungshofberichts nimmt sich die Interne Revision des Krankenstandes bei der Postbank an. Er liegt sowohl im Vergleich zum gesamten Bankgewerbe, als auch zum Durchschnitt in der Wirtschaft zu hoch. Auch die Zahl der sogenannten Kurzfristkrankheiten liegt ungewöhnlich hoch.

► Der Aufsichtsrat genehmigt den konsolidierten Jahresabschluß der Postbank, er enthält erstmals neue und alte Bundesländer.

► Die Postbank Frankfurt am Main nimmt den Pilotbetrieb „Neues Betriebsabwicklungsmodell“ mit dem Ziel auf, den Fluß des Zahlungsverkehrs zu beschleunigen und die innerbetriebliche Abwicklung zu rationalisieren.

► Die Postbank wird Mitglied der Schmalenbach-Gesellschaft – Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V., Köln.

Dezember: Die erste Tochtergesellschaft

► Selbst gerade erst zwei Jahre alt, bekommt die Postbank ihre erste Tochter, die Postbank Data GmbH. Deren Aufgaben:

- 1) Beschaffung von Hard- und Software sowie Vermietung an die Postbank
- 2) Durchführung von Wartungs- und Installationsdienstleistungen hieran.

Bilanzstruktur und -entwicklung

Die Postbank ist ein Spezialinstitut für Zahlungsverkehr und Einlagengeschäft; diese beiden Sparten prägen die Bilanzstruktur der Bank. Das Individualkreditgeschäft ist ihr verwehrt.

Daneben ist die Postbank Hausbank für die Schwesterunternehmen Postdienst und Telekom.

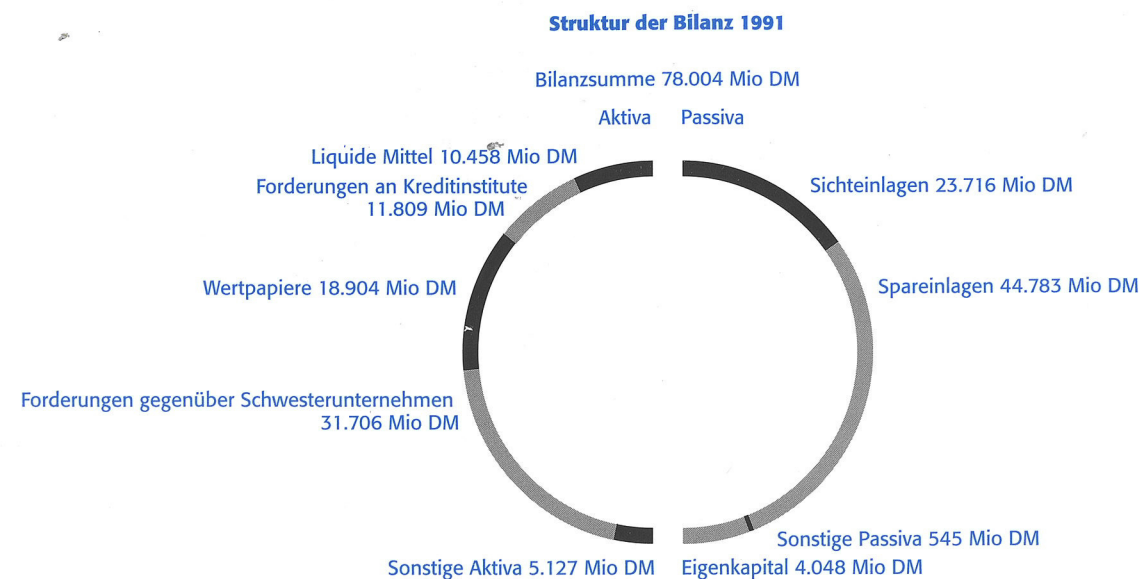
Die Bilanzsumme der Postbank beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 1991 rund 78.004 Millionen DM.

Beherrschende Positionen auf der Passivseite sind die Spareinlagen und die Sichteinlagen von Nichtbanken. Die Spareinlagen machen mit 44.783 Millionen DM 57,4 Prozent des Bilanzvolumens aus; die Sichteinlagen der Nichtbanken in Höhe von 23.716 Millionen DM haben einen Anteil von 30,4 Prozent an der Bilanzsumme.

Aus den Positionen der Aktivseite ragen mit einem Anteil von 40,6 Prozent die Ausleihungen an die Schwesterunternehmen Telekom und Postdienst von zusammen 31.706 Millionen DM heraus.

Ebenso charakteristisch ist der hohe Anteil der Anlagen in Anleihen und Schuldverschreibungen, die mit 18.354 Millionen DM 23,5 Prozent der Bilanzsumme ausmachen.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Bilanzsumme um 1.556 Millionen DM oder um 2,0 Prozent gestiegen. Dieses Wachstum beruht im Kundengeschäft bei einem leicht geänderten Bestand an Spareinlagen auf einer Zunahme der Sichteinlagen sowie der Guthaben der Schwesterunternehmen und hat sich auf der Aktivseite vor allem in den beherrschenden Positionen niederschlagen.



Passivgeschäft

Die Spareinlagen beliefen sich zum Ende des Berichtsjahres auf insgesamt 44.783 Millionen DM und lagen damit geringfügig um 120 Millionen DM unter dem Endstand des Vorjahres (44.903 Millionen DM). Die Postbank hat sich gegenüber der Marktentwicklung gut behauptet, da im Branchendurchschnitt die Einbußen deutlich höher lagen.

Bei den einzelnen Sparformen zeigt sich ein unterschiedlicher Verlauf. Einem deutlichen Rückgang bei den Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist – ohne Spareinlagen mit festem und mit wachsendem Zins – um 1.196 Millionen DM oder 4,4 Prozent auf nunmehr 26.078 Millionen DM steht eine

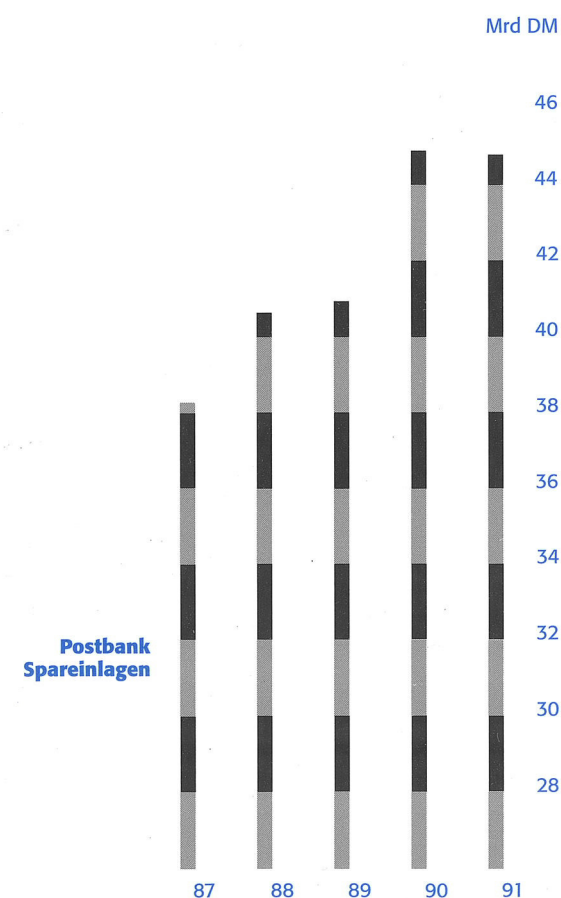
Zunahme in Höhe von 1.275 Millionen DM oder 7,3 Prozent bei den höherverzinslichen Sparformen gegenüber. Den Schwerpunkt dieser Einlagen bildet das Sparen mit festem Zins. Aber auch das Sparen mit wachsendem Zins und das Ratensparen mit Prämie haben Zuwächse zu verzeichnen. Rückläufig waren das Sparen mit vereinbarter Kündigungsfrist von einem oder mehr Jahren.

Die Spareinlagen mit festem Zins legten im Berichtsjahr 34,1 Prozent zu und stiegen von 5.675 Millionen DM auf nunmehr 7.611 Millionen DM. Sie haben damit nach den Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist (ohne Festzins-Sparen und ohne Sparen mit wachsendem Zins) die zweithöchste Position im Spareinlagenbestand der Postbank erreicht. Parallel zur Entwicklung der Guthaben ist die Zahl der Festzinssparkonten um 28,0 Prozent gestiegen.

Beim Sparen mit wachsendem Zins stiegen die Einlagen um 389 Millionen DM auf 6.295 Millionen DM; das ist eine Zunahme von 6,6 Prozent. Noch stärker erhöhte sich die Zahl der Konten bei dieser Sparform (8,9 Prozent).

Seit Oktober 1991 bietet die Postbank aufgezinste Sparbriefe mit Laufzeiten von vier und sechs Jahren an. Der Absatz ist gut angelaufen. Ausschließlich im Direktmarketing wurden bis zum Jahresende über 4.200 Sparbriefe mit rund 40 Millionen DM Einlagen hereingenommen.

Die Umstellung der in den neuen Bundesländern übernommenen Altkonten (gelbe Sparbücher) auf Postbank-Standard ist weitgehend abgeschlossen.



Mittelaufnahme für die Schwesterunternehmen

Die Postbank übernimmt als Hausbank die Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt für die drei Postunternehmen.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Mittel am Kapitalmarkt aufgenommen:

Postanleihen	6.000 Millionen DM
Postschatzanweisungen	2.035 Millionen DM
Schuldscheindarlehen	4.499 Millionen DM

Die Kapitalmarktaufnahme liegt um 4,2 Milliarden DM über der des Vorjahres. Die Steigerung ist im wesentlichen auf die Investitionen im Beitrittsgebiet zurückzuführen.

Von diesen Mitteln entfielen auf die Postbank 80,8 Millionen DM. Das sind 0,6 Prozent der gesamten aufgenommenen Mittel.

Der Postbank obliegt die Kurspflege für die Postanleihen. An den Kursgewinnen und -verlusten wurden die Unternehmen Postdienst und Telekom anteilig beteiligt.

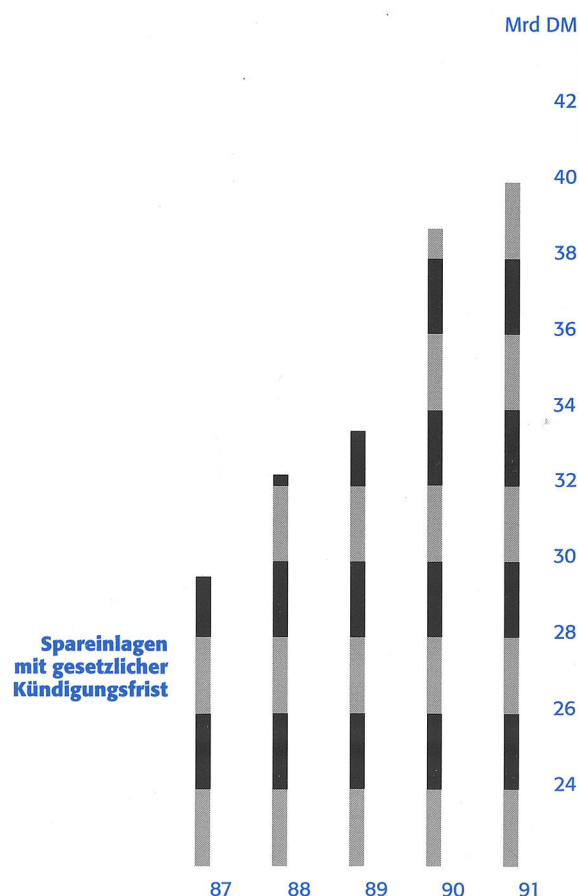
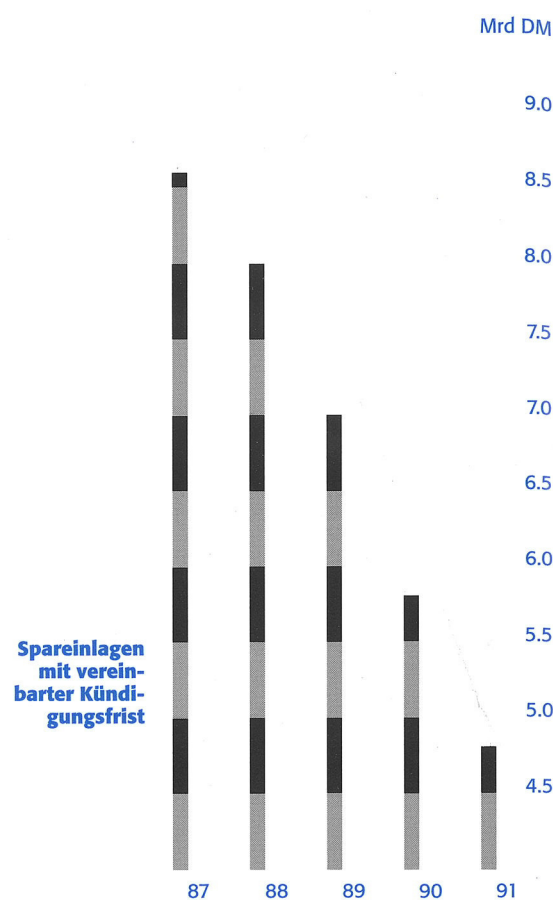
Das Gesamt-Giroguthaben der Kunden belief sich zum Bilanzstichtag auf 23.716 Millionen DM (Vorjahr: 23.704 Millionen DM). Das entspricht einem Marktanteil der Postbank von annähernd 5 Prozent.

Hohe Zuwachsraten kennzeichnen das Kartengeschäft. So setzten zum Jahresende 1991 1.018 Millionen Kunden eine Postbank-Eurochequekarte ein, das sind 128.000 oder 14,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

60.000 Kunden nutzten im Berichtsjahr eine Eurocard, 15.250 oder 34,3 Prozent mehr als 1990. Nachdem die Bank zu Beginn dieses Jahres Eigenemittent der Eurocard geworden ist, werden auch hier deutliche Zuwächse erwartet.

Im Oktober 1991 begann die Postbank mit der Einführung der Postbank Card, die den Kunden eine bundesweite Bargeldversorgung ermöglichen wird. Bis zum Jahresende 1991 waren 1,5 Millionen Karten ausgeliefert; im Mai dieses Jahres stand die Karte 3,2 Millionen Kunden zur Verfügung; bis zum Jahresende sollen 4 Millionen Karten ausgeliefert sein.

Positiv war auch die Geschäftsentwicklung bei Reiseschecks und im Sortengeschäft.



Zahlungsverkehr

Die Zahl der Postbank Girokonten konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,06 Millionen oder 1,2 Prozent auf 5,11 Millionen gesteigert werden.

Kräftig stiegen wiederum die Btx-Girokonten. Zum Jahresende nutzten 112.800 Kunden dieses Angebot, was einer Zunahme um 24.000 oder 27,0 Prozent entspricht.

Seit dem 1. Juli 1991 bietet die Postbank ein einkommensabhängiges Dispolimit auf dem Girokonto an. Zum Jahresende war rund 2 Millionen Privatkunden eine solche Finanzreserve eingeräumt.

Gelddienste

Zu den Gelddiensten gehören der Postanweisungsdienst, der Zahlungsanweisungs- und der Zahlscheindienst. Diese Dienste sind hochdefizitär und finden nur hinsichtlich des Zahlscheindienstes eine Entsprechung im banküblichen Zahlungsverkehrsangebot.

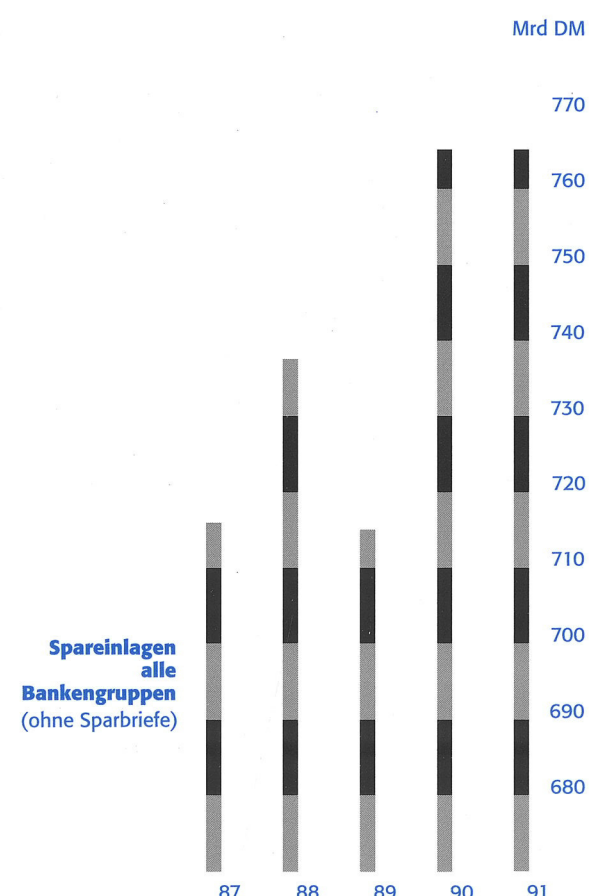
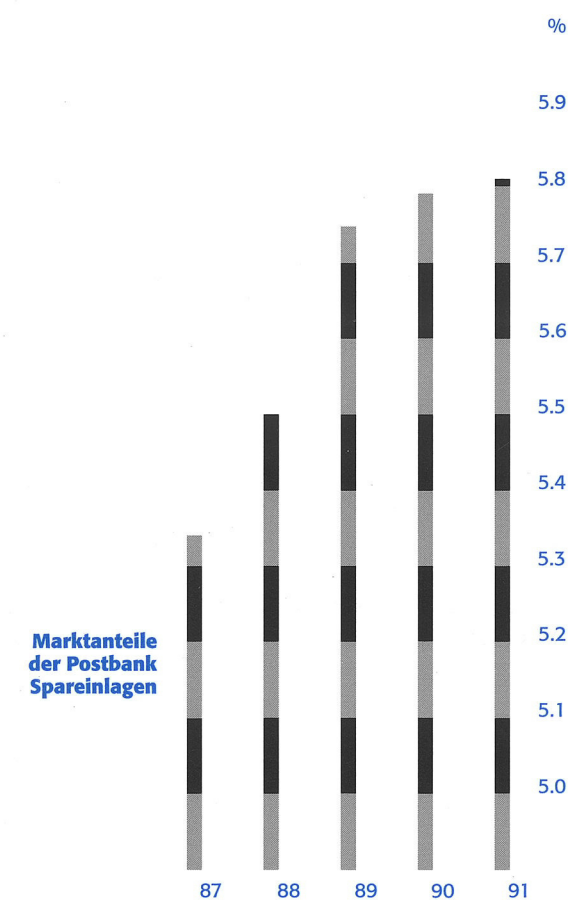
Im baren Postanweisungs- und halbbaaren Zahlungsanweisungsdienst ist die Postbank Alleinanbieter. Damit hat sie insoweit ein faktisches Monopol inne, das aufgrund der hohen Kostenintensität und relativ geringer Gebühren erhebliche Verluste verursacht.

In der Leistungs- und Kostenrechnung für das Geschäftsjahr 1990 wiesen diese Dienste eine Kostenunterdeckung von rund 160 Millionen DM aus. Ihre Weiterführung ist

gemäß § 65 Abs. 2 des Postverfassungsgesetzes bis zum Erlass einer Rechtsverordnung, die die Postbank von der Pflicht zum Angebot dieser hochdefizitären Dienstleistungen freistellen kann, zwingend vorgeschrieben. Mit dem Erlass der Rechtsverordnung, die über die Einführung von sogenannten Pflichtleistungen befinden wird, ist in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres zu rechnen.

Aktivgeschäft

Den Schwerpunkt des Aktivgeschäfts bilden die Anlage von Geldern der Postbank auf dem Geld- und Kapitalmarkt sowie die Liquiditätshaltung und Investitionsfinanzierung für die Schwesterunternehmen. Die Kassenbestände der



Bundespost werden bei der Postbank bilanziert; sie besorgt die Liquiditätssteuerung für die drei Postunternehmen insgesamt. Voraussetzung hierfür war die Angleichung der Geldver- und -entsorgung der Postdienststellen im Gebiet der neuen Bundesländer an den Weststandard. Dies wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht.

Die kurzfristige Liquidität der Bank wird über den Geldmarkt und über Refinanzierungsquellen der Bundesbank gesichert.

Die Forderungen an Kreditinstitute mit vereinbarten Laufzeiten mit dem Gesamtbetrag von 11.687 Millionen DM (Vorjahr: 13.506 Millionen DM) resultieren im wesentlichen aus Geldmarktgeschäften. Enthalten sind zudem Forderungen aus Schuldscheindarlehen und Namenspapieren. Das Volumen der Anleihen und Schuldverschreibungen stieg im Geschäftsjahr um 1.526 Millionen DM bzw. 9,1 Prozent auf 18.354 Millionen DM.

Der Gesamtbetrag gliedert sich wie folgt:

	1991		1990	
	Mio DM	%	Mio DM	%
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren	114	0,6	142	0,8
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
des Bundes und der Länder	4.669	25,4	4.072	24,2
von Kreditinstituten	13.472	73,4	12.492	74,2
sonstige	99	0,6	122	0,8
	18.354	100,00	16.828	100,00

Fast drei Viertel der Wertpapiere entfallen auf Papiere, die von Kreditinstituten ausgegeben wurden. In Relation zum Geschäftsvolumen ergibt die Gesamtposition Anleihen und Schuldverschreibungen einen Anteil von 23,5 Prozent nach 22,0 Prozent im Vorjahr.

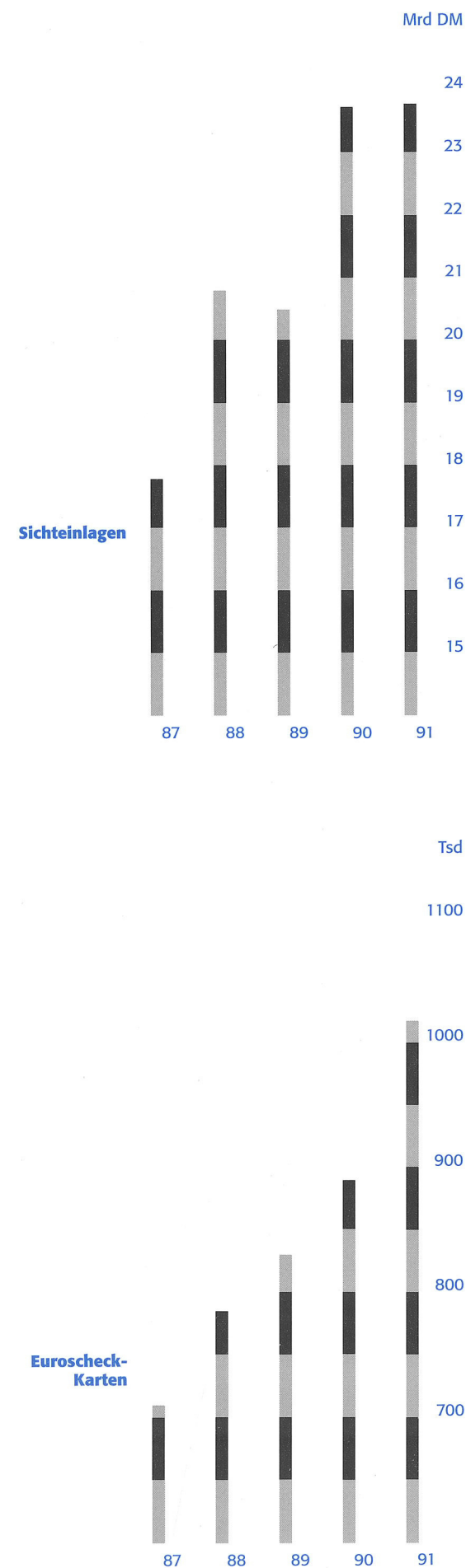
Die Postbank stattete ihre Schwesterunternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr mit zusätzlichen langfristigen Mitteln zur Investitionsfinanzierung aus. Die Ausleihungen stiegen um 1.111 Millionen DM oder 3,8 Prozent auf 30.343 Millionen DM. Die Ausleihungen an die Schwesterunternehmen verteilen sich wie folgt:

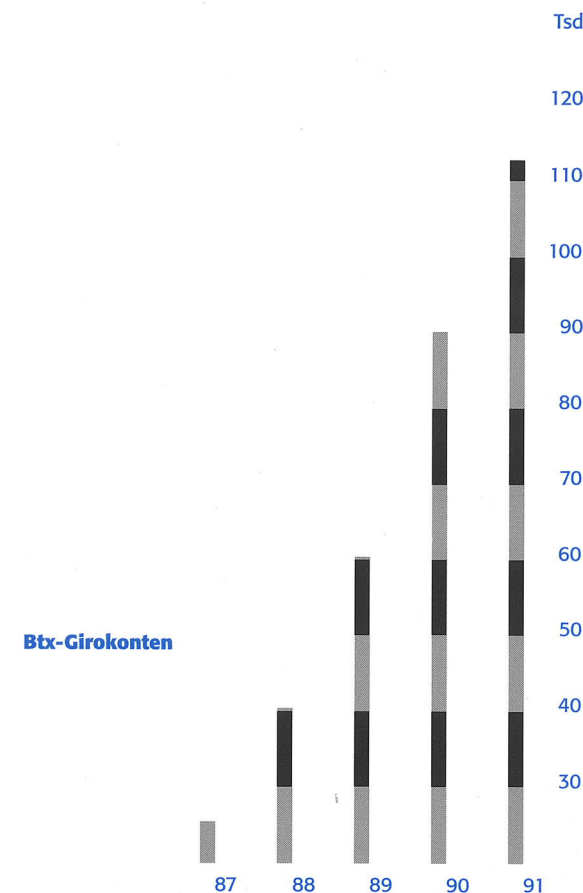
	1991		1990	
	Mio DM	%	Mio DM	%
Telekom	29.486	97,2	28.018	95,8
Postdienst	857	2,8	1.214	4,2
	30.343	100,0	29.232	100,0

Die zusätzlichen Mittel dienten der Telekom für Investitionen vor allem auch in den neuen Bundesländern. Im Verhältnis zur Bilanzsumme betragen die Forderungen an die Schwesterunternehmen – unter Einbeziehung der Liquiditätshaltung durch die Postbank – 40,6 Prozent gegenüber 40,5 Prozent im Geschäftsjahr 1990. Die Ausleihungen wurden zu marktüblichen Sätzen verzinst.

Für Sicht- und Spareinlagen gelten Anlagegrundsätze, die vom Bundesminister für Post und Telekommunikation nach Abstimmung mit dem Bundesminister für Finanzen und Wirtschaft und der Deutschen Bundesbank erlassen wurden. Die Grundsätze wurden in vollem Umfang eingehalten.

Vom 01.01.1992 an traten neue Anlagegrundsätze für die Postbank in Kraft. Sie wurden gemäß § 23 Abs. 5 des Postverfassungsgesetzes vom Vorstand der Postbank beschlossen. Die neuen Anlagegrundsätze tragen den aktuellen Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte Rechnung. Sie geben der Postbank größere Freiräume für die Nutzung zweckmäßiger Anlageinstrumente zur Optimierung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Die Grundsätze lehnen sich eng an die für das Kreditgewerbe geltenden Liquiditätsgrundsätze an.





Ertragslage und Eigenmittel

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Zinserträge in Höhe von 5.223 Millionen DM erwirtschaftet. Zinsen auf Wertpapiere und Schulbuchforderungen von 1.710 Millionen DM und Zinsen für Ausleihungen an die Schwesterunternehmen in Höhe von 2.397 Millionen DM prägten den Zinsertrag.

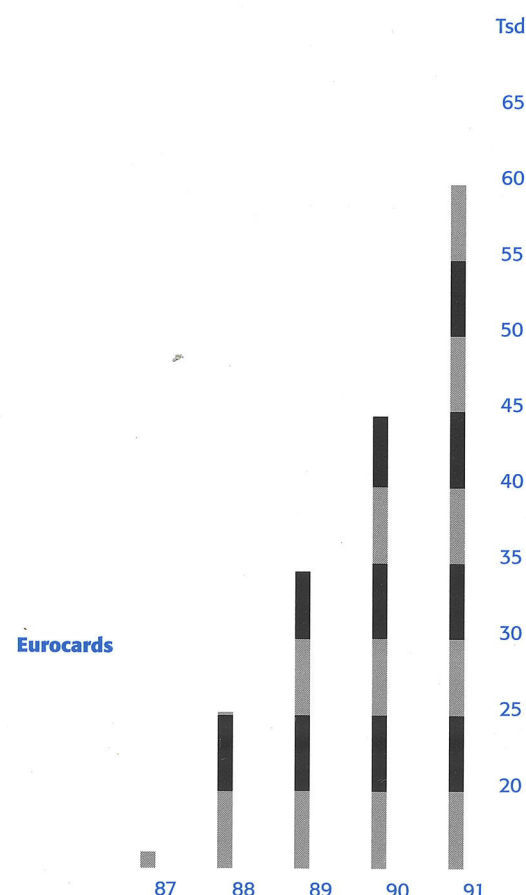
Bei den Zinsaufwendungen von 1.896 Millionen DM dominierten die Zinsen für Spareinlagen mit 1.880 Millionen DM.

Der Zinsüberschuß betrug 3.327 Millionen DM. Das entspricht einer Steigerung um 549 Millionen DM oder 19,8 Prozent.

Provisionen wurden in Höhe von 1.036 Millionen DM vereinnahmt. Wesentliche Positionen sind dabei Erträge aus dem Zahlungsverkehr und der Kontoführung mit 892 Millionen DM sowie Erträge aus Umsätzen mit den Schwesterunternehmen von 90 Millionen DM.

Das Provisionsergebnis erhöhte sich um 64 Millionen DM auf 1.032 Millionen DM.

Der Verwaltungsaufwand betrug 3.459 Millionen DM. Das bedeutet einen Anstieg um 5,4 Prozent. Die dominierende Position ist mit 2.094 Millionen DM der Sachaufwand. Dieser wird gut zur Hälfte durch die Abgeltungsbeträge bestimmt, die die Postbank für Leistungen der Schwesterunternehmen, vor allem



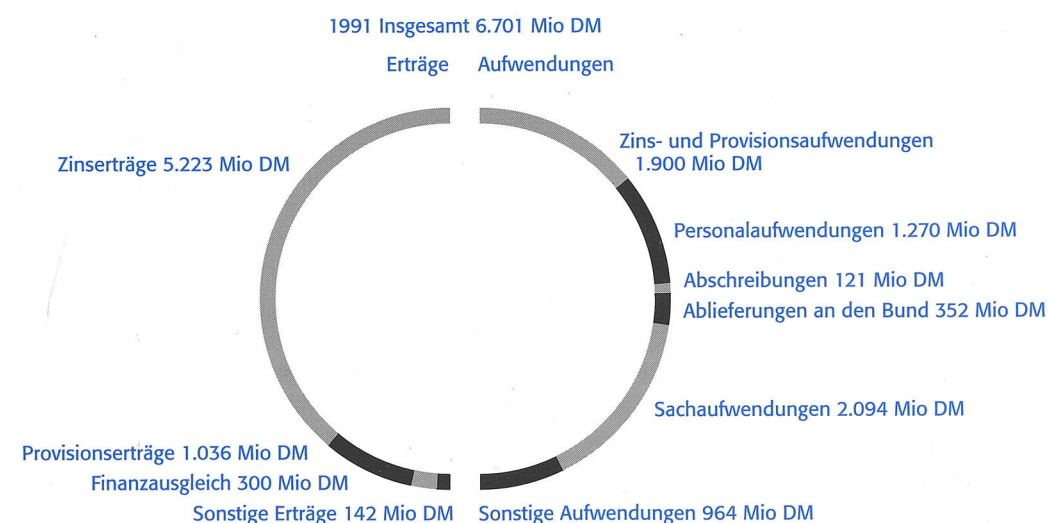
an den Postdienst, insbesondere im Rahmen des Schalterverbundes zu zahlen hat. Dazu kommen noch die zu Marktpreisen abgebotenen Porti, Frachten usw. in Höhe von 601 Millionen DM sowie Telekommunikationsentgelte von 41 Millionen DM.

Die Personalaufwendungen sind um 12,3 Prozent auf 1.270 Millionen DM gestiegen. Neben der Anpassung der Löhne und Gehälter aus der Lohnrunde 1991 ist das auf einen Anstieg im Personalbestand zurückzuführen. Die Beschäftigtenzahlen lagen infolge der zusätzlichen Aufgaben in den neuen Bundesländern, insbesondere wegen des Aufbaus des Postgiroamtes

Leipzig und der Integration des ehemaligen Hauptpostscheckamtes Berlin (Ost) in die Berliner Postbank-Organisation im Jahresdurchschnitt bei 23.174 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

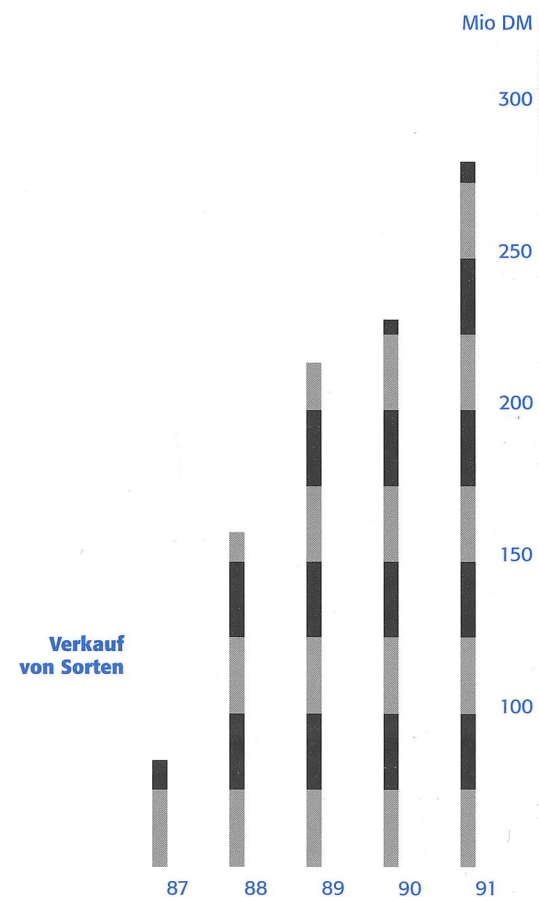
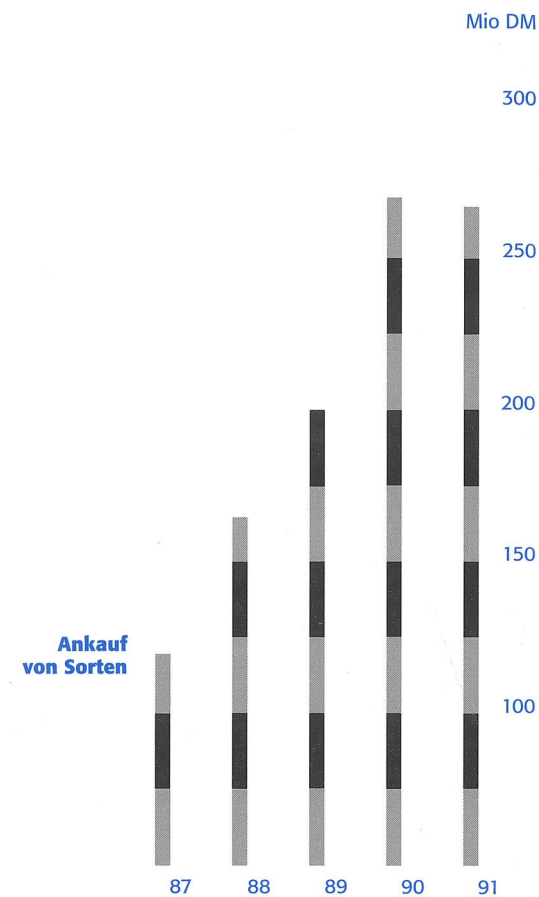
Die Postbank führt zehn Prozent von wesentlichen Ertragspositionen an den Bund ab. Für das Berichtsjahr betrug die Ablieferung 352 Millionen DM nach 290 Millionen DM im Vorjahr. Nach § 63 des Postverfassungsgesetzes muß diese Abgabe bis 1994 gezahlt werden. 1995 wird sie erstmals deutlich reduziert. Von 1996 an wird die Postbank mittels einer Fiktion im Ergebnis wie eine Kapitalgesellschaft mit Abgaben belegt. Das wird zu einer erheblichen Reduzierung der Abgabenlast und damit zur Bereinigung einer empfindlichen Wettbewerbsverzerrung führen.

Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung 1991



Die Ertragslage entwickelte sich insgesamt positiv. Das Teilbetriebsergebnis erhöhte sich um 375 Millionen DM auf 548 Millionen DM. Dabei ist die Ablieferung als Aufwand einbezogen.

Vom Teilbetriebsergebnis abziehen ist der Saldo der sonstigen Aufwendungen und Erträge. Bei diesem dominiert das neutrale Ergebnis, das maßgeblich bestimmt ist durch bilanzielle Vorsorge für tiefgreifende Umstrukturierungsmaßnahmen, die in den nächsten Jahren anstehen. Es beläuft sich insgesamt auf minus 836 Millionen DM. Eine weitere Minderung von 12 Millionen DM ergibt sich aus übrigen Aufwendungen und Erträgen, so daß sich danach ein negatives Ergebnis von 300 Millionen DM einstellt. Dieser Betrag wird im Wege des Finanzausgleichs durch das Schwesterunternehmen Telekom ausgeglichen. Die in der Eröffnungsbilanz für das Beitrittsgebiet bilanzierte Ausgleichsforderung wurde vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen nicht in voller Höhe anerkannt. Das führte zu einer Kürzung des Eigenkapitals um 3 Millionen DM. Das Eigenkapital beträgt nunmehr 4.048 Millionen DM oder 5,19 Prozent der Bilanzsumme.



Ertragslage und Finanzausgleich

Gemäß § 37 Abs. 4 des Postverfassungsgesetzes haben die Postunternehmen ordnungspolitische Auflagen zu beachten. Danach ist ein Finanzausgleich aus Monopoldiensten (der Telekom) zugunsten von Wettbewerbsdiensten (der Postbank) zwar zulässig, Wettbewerbsmöglichkeiten anderer Unternehmen aber dürfen ohne sachlich gerechtfertigten Grund nicht beeinträchtigt werden. Diesen Grundsatz hatte die Postbank bereits 1990 im Jahr ihrer strukturellen Verselbständigung erfüllt. Auch im Berichtsjahr kam sie diesem Grundsatz uneingeschränkt nach.

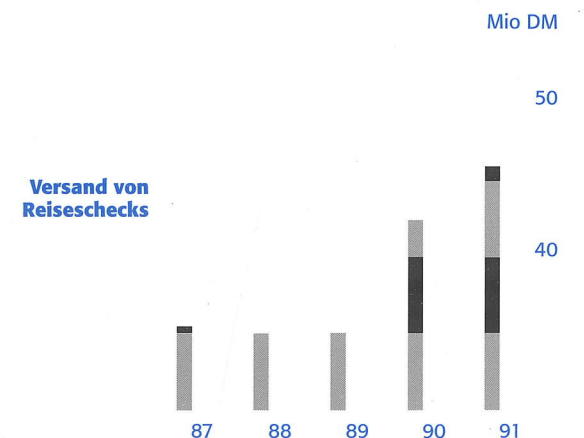
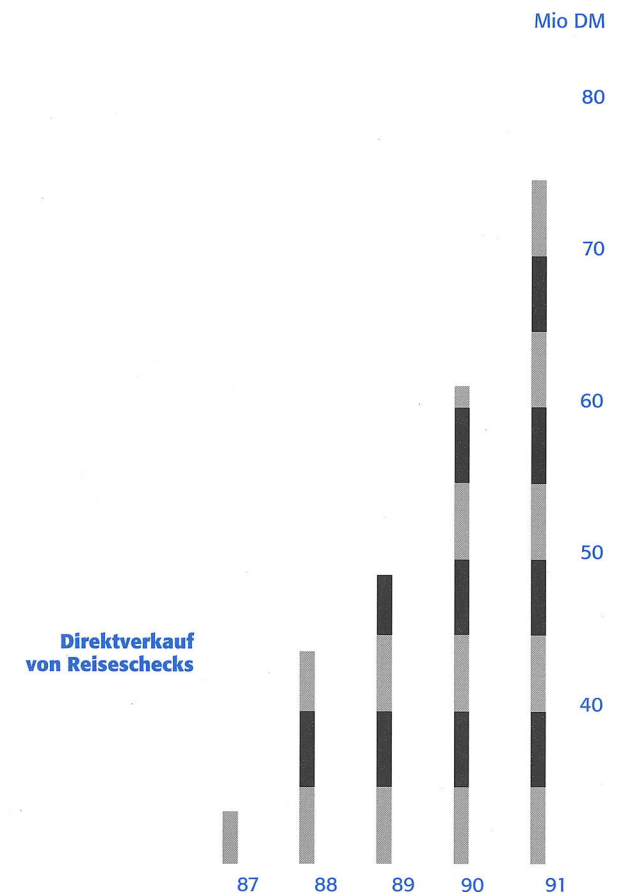
Vor Ablieferung an den Bund erzielte die Postbank im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuß von 52 Millionen DM. Wäre die Postbank in vollem Umfang steuerpflichtig, wäre ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt worden. Der Finanzausgleich läßt sich demnach allein auf die im Vergleich zur normalen Steuerpflicht überhöhte Ablieferung an den Bund zurückführen.

Der bare Postanweisungs- und der halb bare Zahlungsanweisungsdienst, die allein die Postbank anbieten muß, haben das Ergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum stark belastet. Die Postbank konnte diese negativen Einflüsse auf das Jahresergebnis jedoch aus eigenen Mitteln tragen. Sie war dazu nicht auf die Inanspruchnahme des Finanzausgleichs angewiesen. Gleichwohl stellt die Weiterführung dieser Dienste eine Belastung dar, die die Entwicklung der Postbank beeinträchtigt.

Der Vorstand geht davon aus, daß die Wirtschaftsprüfer dem Bundesminister für Post und Telekommunikation zu gegebener Zeit testieren werden, daß die Postbank die vorgegebenen Regeln eines chancengleichen Wettbewerbs eingehalten hat.

Die Regeln zur Einhaltung eines chancengleichen Wettbewerbs wurden vom Bundesminister für Post und Telekommunikation erlassen, um den Vorgaben des § 37 des Postverfassungsgesetzes nachzukommen.

Die Einhaltung der Regeln ist auch im Zusammenhang mit einer Klage bedeutsam, die von neun Privatbanken im Mai 1992 beim Landgericht Stuttgart angestrengt worden ist. Diese vertreten die Meinung, bestimmte Dienstleistungserweiterungen (u. a. das erhöhte Dispositionslimit) seien rechtlich unzulässig. Die Postbank sieht der streitigen Auseinandersetzung gelassen entgegen.



Ausblick

Die Entwicklung der Postbank wird in starkem Maße davon abhängen, wie es ihr gelingt, sich im Rahmen einer ertragsorientierten Geschäftspolitik in enger und gedeihlicher Kooperation mit dem Postdienst am Markt zu behaupten und zugleich den Verwaltungsaufwand deutlich zu senken. Die Postbank steuert dieses Ziel mit allem Nachdruck an und hat für die notwendigen Maßnahmen bilanzielle Vorsorge getroffen. Sie geht des weiteren davon aus, daß die Kooperation mit dem Postdienst auf eine finanziell dauerhaft tragfähige Grundlage gestellt werden kann. Die Postbank erwartet bei dieser Einschätzung eine weitere zufriedenstellende Entwicklung der Bank, die sich vom Geschäftsjahr 1993 an auch in einem positiven Bilanzergebnis ausdrücken müßte.

In guter Gesellschaft

Die Postbank und die Öffentlich-Rechtlichen

„Die Existenz öffentlicher Banken in der Bundesrepublik gewährleistet eine Lockerung und teilweise Dezentralisierung der deutschen Bankenlandschaft; sie beschert ein hohes Maß an Wettbewerb und ermöglicht eine bessere Förderung der Wirtschaftsstruktur“, schrieb der Verband öffentlicher Banken in seinem Jahresbericht 1984. Das vor acht Jahren gesagte hat heute immer noch Gültigkeit.

Die öffentlichen Banken sind die größte Gruppe in der deutschen Kreditwirtschaft. Zu ihr gehören ganz unterschiedliche Institute wie die Sparkassen, die Landesbanken und Girozentralen, die Kreditinstitute mit Sonderaufgaben sowie die öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten. Gemessen am Geschäftsvolumen haben die öffentlichen Kreditinstitute zusammen einen Marktanteil von fast fünfzig Prozent.

Während die Spezialinstitute, wie beispielsweise die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau, weitgehend auf bestimmte Tätigkeitsbereiche spezialisiert sind, sind die Sparkassen und die Landesbanken/Girozentralen Universalbanken, die die gesamte Palette der Bankleistungen anbieten.

Gemeinsam ist allen öffentlichen Instituten, daß sie einen sogenannten öffentlichen Auftrag haben.

Die öffentlichen Universalbanken, die als aufgabenorientiert bezeichnet werden, stehen voll im Wettbewerb zu den genossenschaftlichen Kreditinstituten, die dem Prinzip der Förderung ihrer Mitglieder verpflichtet sind, sowie den privaten Banken, die gewinnorientiert ausgerichtet sind. Dieses Drei-Säulen-Prinzip macht seit langem die Struktur des deutschen Kreditwesens aus, und es hat sich bewährt.

Ebenso wie die Privat- und Geschäftsbanken haben sich auch die öffentlichen Banken, sieht man einmal von den Vorläuferinstituten ab, im wesentlichen im 19. Jahrhundert entwickelt.

Der damalige Gründungszweck von kreditwirtschaftlichen Einrichtungen auf kommunaler, Landes- bzw. Provinz- und Reichsebene war die Unterstützung der Gebietskörperschaften, die im Rahmen der sogenannten „Daseinsvorsorge“ Leistungen bereitstellen, die von der Privatwirtschaft nicht erbracht werden.

Während bei den Spezialinstituten in der Regel der Auftrag in den Einrichtungsgesetzen und den Satzungen auch heute noch relativ eng umrissen und klar definiert ist, hat sich die breiter gefaßte Aufgabenstellung der öffentlichen Universalbanken im Laufe ihrer Entwicklung den jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßt.

So schreiben beispielsweise die Statuten den kommunalen Sparkassen, die Anfang des letzten Jahrhunderts entstanden, zunächst als ausschließlich oder vorrangigen

Geschäftszweck vor, die Sparbeiträge der unteren Einkommenschichten entgegenzunehmen und zu verzinsen.

Die Mobilisierung und Sammlung der einzelnen, geringen Einlagen, die bis dahin häufig in „Sparstrümpfen“ verschwunden und damit dem Geldkreislauf entzogen wurden, diente hauptsächlich dazu, die erforderlichen Mittel für Investitionen der Kommunen aufzubringen. Die Sparkassen trugen durch die Anlage der „Not- oder Brotpfennige“ zur Finanzierung öffentlicher Baumaßnahmen, des Eisenbahnbaus und auch des privaten Wohnungsbaus bei. Diese Bereiche wurden damals von den privaten Banken aus Rentabilitätsüberlegungen gar nicht oder nur unzureichend mit Krediten versorgt.

Die im letzten Jahrhundert auf der Ebene der damaligen Provinzen entstandenen „Provinzial-Hilfskassen“ stellten ebenfalls im wesentlichen Mittel für öffentliche Infrastrukturleistungen bereit. Die Anfang dieses Jahrhunderts gegründeten Girozentralen und die bereits existierenden, aus den Provinzial-

hilfskassen hervorgegangenen Landesbanken, die zusätzlich zu ihrer Staatsfunktion die Girozentralfunktion für die Sparkassen übernahmen, entwickelten sich zu regionalen Zentralbanken für die Sparkassen. Im Verbund mit den Girozentralen dehnten die Sparkassen ihre Geschäfte immer weiter aus, entwickelten sich zu Universalbanken und stellten schon frühzeitig eine gewichtige Gruppe in der Kreditwirtschaft dar.

Öffentlicher Auftrag heute

Auch heute wird den öffentlichen Kreditinstituten durch Gesetze und Satzungen die Wahrnehmung im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben vorgeschrieben. So haben die Sparkassen die Kreditversorgung insbesondere der Kommunen, des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise sowie die Förderung des Sparzinses sicherzustellen.

Die Landesbanken und Girozentralen nehmen nach den gesetz-

lichen Vorschriften die Aufgaben von Staats- und Kommunalbanken sowie von Sparkassenzentralbanken wahr. Als Sparkassenzentralbanken unterstützen sie die Sparkassen bei der Erfüllung derer öffentlichen Aufgaben. Dazu gehört die Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr, der Liquiditätsausgleich, die Abwicklung des Wertpapier- und Auslandsgeschäfts, das Metakreditgeschäft und weitere Serviceleistungen im Rahmen des Verbundes.

Als Staatsbanken unterstützen die Landesbanken die Regional-, Wirtschafts- und Strukturpolitik des jeweiligen Bundeslandes. Sie führen Fördergeschäfte durch, Beteiligungen und Sanierungen im öffentlichen Interesse; als Hausbank übernehmen sie die Mittelbeschaffung und -anlage für das Land. Darüber hinaus sind sie als Geschäftsbanken tätig.

Die öffentlichen Spezialkreditinstitute wurden aufgrund bestimmter Zwecke gegründet. So etwa die Deutsche Ausgleichsbank, die 1950 als Bank für Vertriebene und Geschädigte AG entstand und 1954 in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt wurde. Ihre ursprüngliche Hauptaufgabe war die wirtschaftliche Eingliederung und Förderung der durch den Krieg und seine Folgen betroffenen Personen war. Das allgemeine Bankgeschäft spielt bei den Spezialkreditinstituten keine ausschlaggebende Rolle.

Während die Existenzberechtigung der öffentlichen Spezialinstitute wenig umstritten war, ist es im Laufe der Zeit immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den privaten und genossenschaftlichen Banken auf der einen und den öffentlichen Universalbanken auf der anderen Seite gekommen. Bereits Anfang dieses Jahrhunderts wurde eine Bankenenquête eingerichtet, die die Struktur des Bankwesens untersuchen sollte. Schon zum damaligen Zeitpunkt sahen die privatrechtlich organisierten Banken durch die Geschäftsausweitung der Sparkassen, Landesbanken und Girozentralen die traditionelle Arbeitsteilung in der Kreditwirtschaft als verletzt an.

Insbesondere die „Steuerprivilegien“ der Sparkassen, die diesen als Ausgleich für die Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben und den damit zusammenhängenden Geschäftsbeschränkungen eingeräumt worden waren, waren lange Zeit ein Stein des Anstoßes. Die Steuervorteile wurden sukzessive abgebaut und entfielen im Rahmen des Subventionsabbaugesetzes von 1981 ganz.

Eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen spielte die unterschiedliche Auslegung des sogenannten Subsidiaritätsprinzips. Die Sparkassen, Landesbanken und Girozentralen verstehen darunter das Organisationsprinzip ihres Verbundes. Danach ist die dezentral strukturierte Sparkassenorganisation so aufgebaut, daß die Primärinstitute, die kommunalen Sparkassen „vor Ort“, die Grundlage

bilden. Auf der Landesebene stehen ihnen die Landesbanken und Girozentralen als Zentralinstitute zur Verfügung. Diese übernehmen diejenigen Aufgaben, die die Sparkassen aufgrund gesetzlicher Beschränkungen oder aufgrund ihrer zu geringen Größe nicht wahrnehmen können.

Eine andere Auslegung vertrat demgegenüber beispielsweise die von der damaligen Bundesregierung eingerichtete Wettbewerbsenquête, die sich in ihrem 1968 vorgelegten Bericht über die Untersuchung der Wettbewerbsverchiebung im Kreditgewerbe und über eine Einlagensicherung unter anderem mit der Frage nach der Existenzberechtigung eines öffentlichen Bankensektors befaßte.

Nach ihrer Deutung des Subsidiaritätsprinzips darf die öffentliche Hand Unternehmen nur betreiben, wenn private Einrichtungen die gestellten Aufgaben nicht erfüllen (können). Sobald private Institute diese Aufgaben wahrnehmen, hätten öffentliche Einrichtungen keinen Platz mehr in einer auf privaten Unternehmertum basierenden Wirtschaft.

Diese enge Interpretation des Subsidiaritätsprinzips ist häufig als „Lückenbüßertheorie“ kritisiert worden. Die Wettbewerbsenquête von 1968 kam ebenso wie die 1974 vom Bundesfinanzministerium eingesetzte Kommission „Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft“ zu dem Schluß, daß sich die historisch gewachsene Struktur des deutschen Kreditwesens bewährt habe.

Das Drei-Säulen-Modell hat nach Ansicht einer großen Zahl von Wissenschaftlern und Praktikern dazu beigetragen, daß das deutsche Kreditwesen vielen anderen Ländern als Vorbild dient.

So auch jüngst beim Vertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Juli 1990. Der intensive Wettbewerb zwischen den drei Bankengruppen gilt als Garant für die Effizienz und Stabilität des deutschen Bankwesens. So hat nach weiterverbreiteter

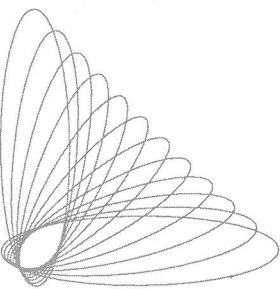
Auszug aus dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Kapitel II: Bestimmungen über die Währungsunion

Artikel 10: Voraussetzungen und Grundsätze

(4) Voraussetzung für die monetäre Steuerung ist, daß die Deutsche Demokratische Republik ein marktwirtschaftliches Kreditsystem aufbaut. Dazu gehört ein nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen operierendes Geschäftsbankensystem im Wettbewerb privater, genossenschaftlicher und öffentlich-rechtlicher Banken, ein freier Geld- und Kapitalmarkt und eine nicht reglementierte Zinsbildung an den Finanzmärkten.



Auffassung nicht zuletzt die Existenz eines starken öffentlichen Sektors in der spezifisch deutschen Ausprägung dazu beigetragen, daß – trotz der immer wiederkehrenden Diskussion über die „Macht der Banken“ – Forderungen nach Verstaatlichung der Großbanken, wie sie in anderen europäischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg aufkamen, in Deutschland keine ausschlaggebende Rolle spielten.

Selbstverständlich sind die Aufgaben öffentlicher Banken heute andere als vor hundert oder zweihundert Jahren. Aber wenn sich auch die Interpretation des öffentlichen Auftrages im Zeitablauf den veränderten Verhältnissen anpaßt, so ist jedoch im Kern die Aufgabe gleichgeblieben: Die Bereitstellung von bankwirtschaftlichen Leistungen, die im jeweils aktuellen öffentlichen Interesse liegen – unabhängig davon, ob private Institute, deren oberstes Ziel die Gewinnerzielung ist, sich diesen Geschäftsfeldern gerade zuwenden oder nicht.

Zwar ist es sicherlich zutreffend, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen angesichts des als „overbanked“ geltenden deutschen Marktes gegenwärtig ausreichend erscheint. Das heißt aber nicht, daß dies immer so bleiben muß. Während privatrechtliche organisierte Banken sich jederzeit aus nicht mehr lukrativen Geschäftsfeldern zurückziehen können, gilt dies für öffentliche Institute nicht. Diese müssen bestimmte Leistungen vorhalten, auch wenn sie zeitweilig nicht sonderlich lohnend erscheinen.

Angesichts der Konzentrations-tendenzen, die am Vorabend des Europäischen Binnenmarktes bereits eingesetzt haben, und die sich nach einhelliger Meinung noch verstärken werden, kommt der Aufrechterhaltung eines funktionierenden Wettbewerbs im Interesse der Kunden eine wichtige Funktion zu. Die Bedeutung der Wettbewerbskorrekturfunktion der öffentlichen Kreditinstitute, die verhindern soll, daß die großen privaten Banken eine marktbeherrschende Stellung erlangen, wird daher noch zunehmen.

Um als Wettbewerbsregulativ wirken zu können, müssen die öffentlichen Banken im Vergleich zur privaten Konkurrenz wettbewerbsfähig sein. Das heißt, obwohl die Gewinnerzielung satzungsgemäß bei ihnen nicht im Vordergrund steht, müssen doch genügend Mittel erwirtschaftet werden, um ein leistungsfähiges Angebot erbringen zu können.

Auf die erhöhten Anforderungen, die angesichts des europäischen Binnenmarktes 1993 auf die Banken zukommen, haben sich die öffentlichen Institute daher bereits seit geraumer Zeit eingestellt. Die Sparkassen, denen die Errichtung von Auslandsstützpunkten aufgrund des Regionalprinzips untersagt ist, haben zahlreiche Kooperationsabkommen mit Sparkassen und Sparkassenverbänden anderer europäischer Länder abgeschlossen.

Auch die Postbank sieht sich als Regulativ in dem sich schnell wandelnden Bankenmarkt, der sich immer mehr zu einem Allfinanz-Markt entwickelt. Sie wird die ihr übertragenen Aufgaben, insbesondere ihre Dienstleistungen für den Verbraucher zu kostengünstigen Preisen anzubieten, nur dann wahr-

nehmen können, wenn sie sich nicht nur auf die weniger ertragreichen bzw. verlustbringenden Sparten des Bankgeschäftes beschränkt. Zudem muß jedes Geldinstitut seinen Kunden die Dienstleistungen anbieten, die diese erwarten. Die Diskussion um die Berechtigung der öffentlichen Banken mit einem breiten Dienstleistungsangebot, wie sie heute vom privaten Geldgewerbe geführt wird, ist, so Friedel Neuber, Vorsitzender des Verbandes öffentlicher Banken eV in Bonn, „eine Diskussion von gestern“.

Die Landesbanken und Girozentralen sind seit langem entsprechend den gewandelten Bedürfnissen ihrer eigenen Kunden und der Sparkassenkunden im internationalen Geschäft aktiv. Dementsprechend haben sie früh damit begonnen, mit ausländischen Kreditinstituten eng zusammenzuarbeiten und ihre Präsenz im Ausland auszuweiten.

Die deutsche Postbank als Spezialinstitut für Zahlungsverkehr und Einlagengeschäft hat sich mit anderen europäischen Postbanken zu einer engen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Gruppe arbeitet an der Verbesserung des internationalen Zahlungsverkehrs. Die beteiligten Postbanken wollen in nächster Zeit „Eurogiro“ auf den Markt bringen: schnelle, sichere und preiswerte Überweisungsmöglichkeiten im europäischen Giroverkehr. Die deutsche Postbank ist in guter Gesellschaft.

Vorbemerkungen

Der vorliegende Jahresabschluß der Postbank zum 31. Dezember 1991 umfaßt die gesamte Bundesrepublik. Im ersten Geschäftsjahr waren noch zwei Abschlüsse aufgrund der besonderen Situation in den neuen Bundesländern erforderlich. Die fortgeschrittene Integration des Beitrittsgebiets machte ein Vereinheitlichung des Rechnungswesens möglich.

Jahresabschluß zum 31. Dezember 1991

Der Jahresabschluß umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar 1991 bis zum 31. Dezember 1991.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses wurden gemäß §§ 39 Abs. 2 und 44 Abs. 1 des Postverfassungsgesetzes die handelsrechtlichen Vorschriften der §§ 238 ff. HGB und die besonderen für Kreditinstitute geltenden Vorschriften (soweit anwendbar) in analoger Auslegung herangezogen.

Die ausgewiesenen Kassenbestände in Deutscher Mark (DM), Bundesbankguthaben und Forderungen an Kreditinstitute sind mit den jeweiligen Nominalwerten angesetzt, die vorhandenen Sortenbestände mit dem jeweiligen Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet worden. In den Forderungen an Kreditinstitute enthaltene Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind mit den Anschaffungskosten bewertet worden.

Forderungen gegenüber Kunden sind grundsätzlich zu den jeweiligen Nennwerten abzüglich angemessener Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bilanziert. In den Forderungen an Kunden enthaltene Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind mit den Anschaffungskosten bewertet worden.

Forderungen aus Darlehen an die Schwesterunternehmen Postdienst und Telekom werden zu marktüblichen Sätzen verzinst. Diese und die kurzfristig fälligen Verrechnungsforderungen gegenüber den Schwesterunternehmen wurden in Nominalwerten angesetzt.

Die Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand aus der Währungsreform 1948 sowie die Ausgleichsforderungen aus der Währungsumstellung in der ehemaligen DDR zum 1. Juli 1990 gegen den Ausgleichsfonds Währungsumstellung und die Durchlaufenden Kredite (nur Treuhandgeschäfte) ohne Kreditrisiko der Postbank wurden ebenfalls zu Nominalwerten bewertet.

Bei den Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand aus der Währungsreform 1948 handelt es sich in Höhe von 306 Millionen DM um unverzinsliche und in Höhe von 30 Millionen DM um niedrigverzinsliche Ausgleichsforderungen, die der Bund nicht tilgt. Dies bedeutet für die Postbank eine Benachteiligung gegenüber anderen Banken.

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen sowie die sonstigen Wertpapiere (Investmentzertifikate) sind unter Beachtung des für das Umlaufvermögen geltenden strengen Niederstwertprinzips (§ 253 Abs. 3 HGB) bewertet worden.

Die Beteiligungen wurden mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Im Geschäftsjahr 1991 wurde die Postbank Data GmbH, Bonn, als 100%iges Tochterunternehmen der Postbank gegründet. Das Eigenkapital beträgt TDM 1.000. Die Beteiligung an der Deutschen Pfandbrief- und Hypothekenbank AG wurde im Geschäftsjahr 1991 im Zuge der Privatisierung dieses früher öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutes im Wege einer Treuhandvereinbarung mit dem Bundesminister der Finanzen, Bonn veräußert.

Grundstücke und Gebäude einschließlich der Einbauten in fremde Gebäude und die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden mit

Anschaffungskosten (ggf. DM-Eröffnungsbilanzwerte aus dem Jahre 1948) bzw. Werten der DM-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 abzüglich planmäßiger Abschreibungen angesetzt. Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der linearen Abschreibungsmethode über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. nach den ertragsteuerlich höchstzulässigen Sätzen vorgenommen, wobei von der Bewertungsfreiheit für geringwertige Anlagegegenstände analog § 6 Abs. 2 EStG Gebrauch gemacht wird. Für Zugänge wird unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt die halbe Jahresabschreibung berechnet. Bei Einbauten in fremde Gebäude bemißt sich der Abschreibungszeitraum nach der Laufzeit der Mietverträge höchstens nach der erwarteten Nutzungsdauer.

Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber Kreditinstituten und gegenüber anderen Gläubigern (Giro- und Spareinlagen) sowie gegenüber den Schwesterunternehmen Postdienst (Ost) und Telekom (Ost), begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen sowie sonstige Verbindlichkeiten sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zu ihrem Rückzahlungsbetrag, ggf. unter Berücksichtigung zeitanteiliger Zinsen, angesetzt.

Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagespiegel)

	Stand 1.1.1991 TDM	Zugänge/ Zuschrei- bungen* TDM	Abgänge TDM	Abschrei- bungen Korrekturen* TDM	Stand 31.12.1991 TDM
Beteiligungen	37.818	1.000	20.000	-	18.818
Grundstücke und Gebäude	907.436	125.162 347*	2	67.083 1.254*	964.606
Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	191.002	124.439 3.065*	217.926	45.843	54.737
	1.136.256	250.601 3.412*	237.928	112.926 1.254*	1.038.161

Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen wurden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages in DM umgerechnet.

Rückstellungen wurden gemäß § 42 Abs. 1 des Postverfassungsgesetzes i.V. mit § 249 Abs. 1 HGB für Pensionsanwartschaften, soweit es sich um Neuzusagen seit dem 1. Januar 1990 handelt (Pensionsrückstellungen), sowie für erkennbare Risiken und für dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewisse Verbindlichkeiten (Andere Rückstellungen) einschließlich der am Bilanzstichtag bestehenden Restablieferungsverpflichtung an den Bund gebildet. Den passivierten Pensionsrückstellungen liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten zugrunde. Für die Berechnung der Pensionsrückstellungen wurden von den „Richttafeln 1983 für die Pensionsversicherung“ von Dr. Klaus Heubeck, Köln, ausgegangen und als Rechnungszinsfuß der ertragsteuerliche nach § 6a EStG vorgeschriebene Zinssatz von 6 Prozent angesetzt.

Die anderen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und bestehenden, aber dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewissen Verpflichtungen in angemessenem Umfang Rechnung.

Das Eigenkapital der Postbank zum 31. Dezember 1991 von rd. 4.048 Millionen DM wurde in analoger Anwendung von § 272 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 283 HGB zum Nennbetrag ausgewiesen. Kapitalrücklagen oder Gewinnrücklagen bestanden bei der Postbank am Bilanzstichtag nicht.

Der für das Geschäftsjahr 1991 nach periodengerechter Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen an sich auszuweisende Jahresfehlbetrag von 300 Millionen DM wird durch einen Anspruch auf Finanzausgleich gegenüber dem Schwesterunternehmen Telekom in gleicher Höhe ausgeglichen, so daß sich weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Bilanzverlust ergibt.

Insgesamt ergibt sich für die Postbank zum Bilanzstichtag 31. Dezember 1991 eine Eigenkapitalquote von 5,19%.

Die nach der Sollvorschrift des § 41 des Postverfassungsgesetzes vorgesehene Mindesteigenkapitalquote von 5 Prozent für die Postbank ist damit eingehalten.

Aus dem Bestand an Anlagen im Bau wurden aufgrund von Fertigstellungen Umbuchungen in den Bestand an Gebäuden in Höhe von TDM 150.018 vorgenommen, da diese Gebäude 1991 bezugsfertig wurden.

Die Abgänge bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen betreffen weitgehend den Verkauf von Hard- und Software an die neu gegründete Tochtergesellschaft Data GmbH.

Geschäftsführung
und Vertretung

Dem Vorstand der Postbank
gehören an:

Dr. Günter Schneider (Vorsitzender)
Dr. Rudolf Bauer
Dr. Bernhard Zurhorst

Zusammensetzung des
Aufsichtsrates

Vorsitzender
Dr. Hans Friderichs

Albert Stegmüller
(stellvertretender Vorsitzender)

Dr. Thea Brünner
Geschäftsführerin der
Verbraucherzentrale Berlin e.V.

Prof. Dr. Hans E. Büschgen
Direktor des Seminars für
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre
und Bankenbetriebslehre,
Universität zu Köln

Dr. Hans Friderichs
Bundesminister a.D.

Dr. Gert Haller
Ministerialdirektor im Bundes-
ministerium der Finanzen

Constantin Freiherr Heereman
von Zuydtwyck
Präsident des
Deutschen Bauernverbandes

Margit Kröger
Mitglied des Personalrates beim
Postsparkassenamt Hamburg

Franz Kroppenstedt
Staatssekretär im
Bundesministerium des Innern

Bernd Lindenau
Bezirksvorsitzender der Deutschen
Postgewerkschaft Berlin

Uwe Lüthje
Mitglied des Bezirksvorstandes
des Deutschen Postverbandes
Hamburg

Dr. Bernhard Molitor
Ministerialdirektor im
Bundesministerium für Wirtschaft

Dr. Manfred Schüler
Staatssekretär a.D.,
Mitglied des Vorstandes der
Kreditanstalt für Wiederaufbau
Frankfurt am Main

Karola Schwuchow
Vorsitzende des Hauptpersonal-
rates der Generaldirektion
Postbank

Dr. Ing. Dieter Soltmann
Persönlich Haftender Gesellschafter
der Spaten-Franziskaner-Bräu KGaA

Albert Stegmüller
Stellvertretender Vorsitzender der
Deutschen Postgewerkschaft

Dr. Jürgen Zech
Vorstandsvorsitzender der
Kölnische Rückversicherungs-
Gesellschaft AG

Personalbestand der Postbank im Jahresdurchschnitt 1991

	weiblich	männlich	gesamt
Vollzeitkräfte			
Beamte	8.912	3.081	11.993
Angestellte	4.650	683	5.333
Gewerbliche Arbeitnehmer	208	713	921
	13.770	4.477	18.247
Teilzeitkräfte			
Beamte	2.338	10	2.348
Angestellte	1.598	47	1.645
Gewerbliche Arbeitnehmer	182	24	206
	4.118	81	4.199
Beamte im Vorbereitungsdienst	504	224	728
	18.392	4.782	23.174

Zusätzlich waren durchschnittlich
3.279 Dienstkräfte ohne Bezüge
beurlaubt, davon 2.990 Vollzeit-
und 289 Teilzeitkräfte.

Bezüge des Vorstandes und des
Aufsichtsrates

1. Januar 1991 bis
31. Dezember 1991

Die Gesamtbezüge der Mitglieder
des Vorstandes und die Gesamtbe-
züge der Mitglieder des Aufsichts-
rates betrugen im Geschäftsjahr
1991:

Vorstand 1.252.409,80 DM
Aufsichtsrat 431.280,— DM

Nicht passivierte Rückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag (Teilwert) der gemäß Artikel 28 Abs. 1 EGHGB nicht passivierten Pensionsverpflichtungen gegenüber Beamten (Altzusagen vor dem 1. Januar 1990) und der nicht durch die VAP gedeckten mittelbaren Pensionsverpflichtungen gegenüber Tarifkräften beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. 12. 1991 auf rd. 3.531 Millionen DM.

Haftung nach dem Postverfassungsgesetz

Nach § 2 Abs. 2 des Postverfassungsgesetzes haftet die Postbank ohne Einschränkungen für die Verbindlichkeiten des Teilsondervermögens der Deutschen Bundespost Postdienst und des Teilsondervermögens der Deutschen Bundespost Telekom. Umgekehrt haften auch diese Teilsondervermögen uneingeschränkt für die Verbindlichkeiten der Postbank.

Bestätigungsvermerk

Einwendungen, die zu einer Einschränkung oder Versagung des Bestätigungsvermerks hätten führen müssen, haben sich bei unserer Prüfung nicht ergeben.

Wir erteilen daher der Postbank für den Jahresabschluß zum 31. Dezember 1991 gemäß Anlagen 1, 2 und 3 und dem als Anlage 4 beigefügten Lagebericht den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

Die Buchführung und der Jahresabschluß der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn, entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den für die Postunternehmen geltenden gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage der Deutschen Bundespost Postbank. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.

Frankfurt am Main,
den 21. Mai 1992

KPMG Deutsche Treuhand-
Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Plato)	(Dr. Wagner)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. 12. 1991 der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn, durch den Aufsichtsrat der Deutschen Bundespost Postbank, Bonn

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres die ihm nach dem Postverfassungsgesetz obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat sich vom Vorstand in mehreren Sitzungen über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichten lassen. Über die nach dem Postverfassungsgesetz zustimmungspflichtigen Sachverhalte hat der Aufsichtsrat nach Prüfung mit dem Vorstand beschlossen.

Die Buchführung, der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1991 und der Lagebericht sind von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft worden und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Von dem im Bericht der Abschlußprüfer dargestellten Ergebnis der Prüfung hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluß und den Lagebericht geprüft. Einwendungen waren nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat stellt gem. § 23 Abs. 3 Ziff. 2 des Postverfassungsgesetzes den Jahresabschluß der Postbank zum 31. 12. 1991 in der vorgelegten Form fest.

Bonn, den 23. Juni 1992

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1991

AKTIVA

	DM	DM	DM	Vorjahr TDM
1. Kassenbestand				
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			1.484.995.764,01	1.119.369
3. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere			8.858.426.706,39	5.304.810
4. Forderungen an Kreditinstitute			113.910.067,11	93.163
a) täglich fällig		122.303.330,21		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		5.047.118.724,31		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		2.707.535.907,29		
bc) vier Jahren oder länger		3.932.004.790,27	11.808.962.752,08	15.472.879
5. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				
a) des Bundes und der Länder		1.029.648.972,22		
b) sonstige		---	1.029.648.972,22	2.509.099
6. Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren				
aa) des Bundes und der Länder		13.299.765,47		
ab) von Kreditinstituten		100.177.204,46		
ac) sonstige		-	113.476.969,93	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TDM	108.208		
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
ba) des Bundes und Länder		4.669.218.748,42		
bb) von Kreditinstituten		13.472.277.641,64		
bc) sonstige		99.131.754,07	18.240.628.144,13	18.354.105.114,06
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	TDM	18.200.648		16.828.404
darunter: wie Anlagevermögen bewertet	TDM	-		
7. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile		549.999.194,00		
b) sonstige Wertpapiere		---	549.999.194,00	100.000
darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder berg-rechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen	-			
darunter: wie Anlagevermögen bewertet	-			
8. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
a) weniger als vier Jahren		663.973.115,84		
b) vier Jahren oder länger		824.073.925,73	1.488.047.041,57	1.304.752
darunter:				
ba) durch Grundpfandrechte gesichert	TDM	7.496		
bb) Kommunaldarlehen	TDM	647.081		
9. Forderungen gegenüber den Unternehmen der Deutschen Bundespost				
a) Postdienst		856.451.466,53		
b) Telekom		30.849.177.838,95	31.705.629.305,48	30.944.973
darunter: mit einer Laufzeit von vier Jahren oder länger	TDM	30.342.600		
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand				
11. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			1.332.229.669,82	1.407.931
12. Beteiligungen			170.021.816,13	152.173
darunter: an Kreditinstituten	TDM	-	18.817.500,00	31.818
13. Grundstücke und Gebäude			964.605.888,34	907.436
14. Betriebs- und Geschäftsausstattung			54.736.967,97	191.003
15. Sonstige Vermögensgegenstände			22.381.266,29	16.699
16. Rechnungsabgrenzungsposten			47.100.329,49	56.974
17. Bilanzverlust			---	-
Summe der Aktiven			78.003.618.354,96	76.447.483

PASSIVA

	DM	DM	DM	Vorjahr TDM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		2.659.089.627,11		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		-		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		12.059.497,65		
bc) vier Jahren oder länger		18.673.968,20	30.733.465,85	
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig	TDM	-		
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		---	2.689.823.092,96	2.482.643
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig		23.715.965.894,85		
b) Spareinlagen				
ba) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		39.984.514.622,22		
bb) sonstige		4.813.328.463,92		
bc) schwebende Verrechnungen		- 15.202.425,56	44.782.640.660,58	68.498.606.555,43
3. Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von				
a) bis zu vier Jahren		---		
b) mehr als vier Jahren		138.381.701,68	138.381.701,68	73.529
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig	TDM	-		
4. Aufgenommene Darlehen		89.587.000,00	89.587	
5. Verbindlichkeiten gegenüber den Unternehmen der Deutschen Bundespost				
a) Postdienst		1.295.020.982,22		
b) Telekom			1.295.020.982,22	748.375
6. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			170.021.816,13	152.173
7. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		17.740.973,00		
b) andere Rückstellungen		1.006.625.998,60	1.024.366.971,60	205.384
8. Sonstige Verbindlichkeiten			49.923.922,09	38.328
9. Kapital			4.047.886.312,85	4.050.692
10. Bilanzgewinn			---	-
Summe der Passiven			78.003.618.354,96	76.447.483

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1991 bis 31. Dezember 1991

AUFWENDUNGEN

	Aufwendungen		Vorjahr
	DM	DM	TDM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		1.895.731.907,44	1.773.871
2. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		4.472.412,29	3.367
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		25.565.109,82	596.990
4. Gehälter und Löhne		910.398.668,47	815.498
5. Soziale Abgaben		143.738.790,23	116.800
6. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		216.070.064,65	199.030
7. Sachaufwand für das Bankgeschäft		2.093.788.821,64	2.079.076
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		94.579.425,56	73.237
9. Ablieferungen an den Bund und Steuern			
a) Ablieferungen an den Bund	351.294.974,60		
b) Steuern	1.068.371,71	352.363.346,31	290.207
10. Sonstige Aufwendungen		964.242.348,21	85.529
11. Jahresüberschuß		-,-	-
Summe der Aufwendungen		6.700.950.894,62	6.033.605

ERTRÄGE

	Erträge		Vorjahr
	DM	DM	TDM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.422.016.913,07	3.254.610
2. Laufende Erträge aus			
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.709.782.029,39		
b) Beteiligungen	440.782,50		
c) Ausgleichsforderungen gegen den Ausgleichsfonds Währungsumstellung	90.563.279,06	1.800.786.090,95	1.296.915
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		1.036.462.667,84	971.725
4. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		131.625.441,67	91.143
5. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 4 auszuweisen sind		10.528.131,56	9.956
6. Erträge aus dem Finanzausgleich		299.531.649,53	409.256
7. Jahresfehlbetrag		-,-	-
Summe der Erträge		6.700.950.894,62	6.033.605

Die neue Dimension

Die Postbank und ihre europäischen Schwestern



Bei den Postbanken ist von einem gemeinsamen Europa noch nicht viel zu spüren: In Finnland und den Niederlanden können sich die Institute am Markt frei entfalten; sie bieten alle Bankdienste an. Die französische „La Poste“ ist zwar noch qua Gesetz zu 100 Prozent staatlichen Direktiven unterstellt, trotzdem darf sie ihren Kunden fast alle Bankdienstleistungen anbieten.

Bei der schweizerischen PTT sind die Verhältnisse im Bankbereich noch restriktiver als bei uns: Es wird nur Zahlungsverkehr angeboten. Doch dies soll sich bald ändern.

Die schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe sind derzeit noch diejenigen in Europa, denen die geringsten unternehmerischen Freiheiten zugestanden werden. Im Bankenbereich ist die „Direktion Zahlungsverkehr“ alleine auf den Giroverkehr beschränkt. Doch auf diesem Gebiet ist die PTT Spitze. 1991 wurden auf über 1,34 Millionen Postscheck-Konten 561,4 Millionen Transaktionen abgewickelt. „Der Postzahlungsverkehr“ so die Generaldirektion der PTT stolz, „hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zur eigentlichen Drehscheibe des Massenzahlungsverkehrs entwickelt“.

Damit erfüllt die PTT den ihr 1906 erteilten und heute noch



bestehenden Auftrag, „den Zahlungsverkehr zu erleichtern, zu vereinfachen und zu verbilligen“. Die Schweizerische Nationalbank schätzt, daß über den Postgiro-Verkehr mindestens dreimal mehr Zahlungen als über alle anderen Banken zusammen abgewickelt werden. Die PTT erfüllt den ihr erteilten Auftrag sogar so gut, daß heute eine der großen Schweizer Banken überlegt, aus dem kaum profitablen Massengeschäft auszuweichen.

Mit den aktuellen Beschränkungen, die bei der PTT derzeit in Geldgeschäften bestehen, will sich ihr Generaldirektor Rudolf Trachsel nicht mehr länger zufrieden geben. „Die PTT-Betriebe müssen mehr unternehmerische Freiheiten erhalten“, postulierte er 1991. Und er gab sich hoffnungsvoll: „Es kann nur eine Frage der Zeit sein, bis uns im Bankingbereich die gleichen Rechte zugebilligt werden, wie sie bereits heute ausländischen Post- und Telekommunikation-Gesellschaften in der Schweiz gewährt werden“.

Unterstützung für diese Forderung erhält Trachsel sogar von der privaten Konkurrenz. Der Präsident der Konzernleitung der Schweizerischen Bankgesellschaft, Robert Studer, empfiehlt zu prüfen, ob die Staatsbanken nicht privatisiert werden sollten, um „frischen Wind in die Bankenlandschaft zu bringen“.

In der Schweiz fürchtet man sich nicht vor der Konkurrenz im eigenen Lande. Mehr schon vor den Anbietern aus dem Ausland. Denn warum sollten die österreichische Postsparkasse, die niederländische Postbank oder auch die finnische Postipankki Ltd. ihre Möglichkeiten nicht auch in der Schweiz nutzen?

In Österreich hat man frühzeitig erkannt, daß die Österreichische Postsparkasse (P.S.K.) ihren Aufgaben nur nachkommen kann, wenn sie als selbständiges Bankunternehmen fungiert. Durch das P.S.K.-Gesetz von 1969 wurde sie zu einer Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist nicht mehr in die Bundesverwaltung eingegliedert, sondern ein selbständiges Bankunternehmen. Die Republik Österreich hat Anspruch auf die Abführung des Gewinnes, andererseits haftet der Bund für alle Verbindlichkeiten.

Mit dieser Verselbständigung ist die österreichische Regierung nicht schlecht gefahren. Die P.S.K. liefert einen jährlich steigenden Gewinn an die Staatskasse ab und stärkt zudem ihre Rücklagen beträchtlich. Für 1991 wurden 110 Millionen Schilling ausgeschüttet, den Rücklagen 674 Millionen Schilling zugeführt, so daß die P.S.K. jetzt über ein Haftkapital von 6,7 Milliarden Schilling verfügt, wovon 5,6 Milliarden Schilling selbst erwirtschaftet wurden.



P.S.K.

Auch die P.S.K. ist heute noch gewissen Beschränkungen unterworfen. Aber was sie nicht selbst darf, das bieten Tochtergesellschaften an. Beispielsweise dürfen keine Kredite an Firmen und Hypotheken gewährt werden. Dafür hat man die P.S.K. Bank AG gegründet, bzw. das Bankhaus Feichtner & Co. AG übernommen. Die für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs notwendigen Überziehungsmöglichkeiten der Gehalts- und Geschäftskonten wurden bereits mit der P.S.K. Gesetznovelle von 1983 gestattet. Lohnempfänger können ihre Konten bis zu drei Gehältern überziehen, für Geschäftskonten werden individuelle Vereinbarungen getroffen. Eine Obergrenze für die Überziehungen besteht nicht.

Trotz dieser Freizügigkeit konstatiert die P.S.K.: „Ohne das Angebot marktüblicher Bankdienstleistungen droht ein Abwandern von Privat- und Kommerzkunden“. Heute bekommt der Kunde bei der P.S.K. oder ihren Töchtern jede Bankdienstleistung: Vom Investmentfonds-Anteil über Börsengeschäfte bis hin zur Hypotheken- und Leasingfinanzierung. Auch auf das Allfinanzgeschäft hat man sich durch die Gründung einer Versicherungstochter eingestellt.

Die P.S.K. ist auch im Emissionsgeschäft aktiv. 1991 wurden drei Anleihen über 900 Millionen Schilling aufgelegt und auch auf den internationalen Kapitalmärkten in italienischer Lira, englischen Pfund und kanadischen Dollars festverzinsliche Wertpapiere ausgegeben. Die Gelder wurden zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben eingesetzt. Ferner beteiligte sich die P.S.K. an der Aktienplatzierung von Industrieunternehmen an der Börse und ist im Konsortium der Bundesanleihen.

Doch auch im Ausland ist man aktiv. Die P.S.K. beteiligte sich mit 11,5 Prozent am Kapital der Ungarische Postbank und Sparkasse AG (Postabank) sowie mit 21,5 Prozent an der Tschechisch-Slowakischen Postbank AG (Postovni Banka). Die Ungarn konnten bereits für 1991 eine Dividende von 13 Prozent ausschütten.

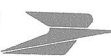
Am 2. Juli 1990 wurde die französische Post durch das Gesetz über den öffentlichen Dienst für Post und Telekommunikation neu organisiert und strukturiert. Es wurden zwei selbständige Unternehmen „La Poste“ und „France Télécom“ geschaffen. Die Finanzdienste wurden dem Postbereich zugeordnet und haben fast alle Aufgaben über-

tragen bekommen, die von Geschäftsbanken ausgeführt und angeboten werden. Da man sich in Paris auch auf den länderübergreifenden Allfinanzmarkt einstellt, hat „La Poste“ darüberhinaus den Auftrag erhalten, „alle Arten von Versicherungsprodukten“ anzubieten.

Zu den gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben von „La Poste“ gehört es u.a. folgende Leistungen und Produkte zu offerieren:

- Zahlungsmittel und nationale und internationale Geldüberweisungen,
- Devisengeschäfte,
- Konten, Sparbücher, Sparbriefe von „La Poste“ sowie andere Sparprodukte,
- Anlage, Zeichnung, Ankauf, Verwaltung, Aufbewahrung und Verkauf von Wertpapieren oder sämtliche andere Geldanlageprodukte,
- Vermögensverwaltung, Verwaltung von Wertpapieren sowie Beratung und Unterstützung auf diesen Gebieten,
- Bauspardarlehen.

Besonders interessant: Die französische Regierung hat „La Poste“ autorisiert, diese Dienstleistungen nicht nur in Frankreich, sondern auch im Ausland anzubieten. Im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit in Europa ab Jahresbeginn 1993 besteht deshalb die Möglichkeit, daß ausländische Postbanken, wie „La Poste“ Produkte in Deutschland anbieten, die die deutsche Postbank derzeit noch nicht in ihrem Angebot hat.

LA POSTE 

 **Postbank**

Die deutsche
Postbank bereitet
sich auf Europa
vor.
Mit ihren europäi-
schen Schwestern
arbeitet sie eng
zusammen, um
im internationa-
len Giroverkehr
Flagge zu zeigen.

 **Postbank**



Impressum

Redaktion:
Postbank, Unternehmenskommunikation

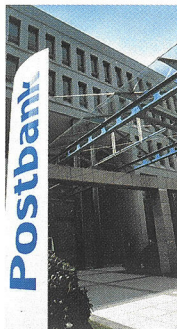
Konzeption und Gestaltung:
Kuhn, Kammann & Kuhn GmbH
Agentur für Unternehmenskommunikation,
Köln

Fotografie:
Steve Bauch, Köln
Postbank
Georg Valerius, Köln

N13<>>44 62793 3 024



WLB Stuttgart



Postanschrift
Postbank Generaldirektion
Postfach 4000
W 5300 Bonn 1

Friedrich-Ebert-Allee 122 – 126
W 5300 Bonn 1

Telefon (02 28) 920-0
Durchwahl (02 28) 920-11 01
Telefax (02 28) 920-18 10
Btx (02 28) 920-1